

**Hochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg**
University of Applied Sciences

**HOCHSCHULE FÜR ÖFFENTLICHE
VERWALTUNG UND FINANZEN LUDWIGSBURG**

**Trägt das zum 01.01.13 in Kraft getretene „Gesetz zu
Änderungen im Bereich der geringfügigen
Beschäftigung“ dazu bei Altersarmut von Frauen zu
verringern?
Eine Analyse aus politikwissenschaftlicher Sicht**

Bachelorarbeit

zur Erlangung des Grades Bachelor of Arts (B.A.)
im Studiengang gehobener Verwaltungsdienst–Rentenversicherung

vorgelegt von

Rabiha Gülec

Studienjahr 2014/2015

Erstgutachterin: Prof. Dr. Elke Gaugel
Zweitgutachter: Helmut Kilian

Vorwort

Meine Bachelorarbeit widme ich meiner Mutter, die seit meinem vierten Lebensjahr ausschließlich wertvolle Familienarbeit leistet und bereits seit Jahren parallel dazu geringfügig beschäftigt ist.

Bedanken möchte ich mich bei denjenigen, die mich bei der Erstellung meiner Bachelorarbeit auf unterschiedliche Weise unterstützt haben.

Mein Dank gilt insbesondere meiner Erstgutachterin Frau Elke Gaugel für die Erstbetreuung und für anregende Ratschläge.

Des Weiteren bedanke mich bei Herrn Helmut Kilian für die Übernahme der Zweitbetreuung und das rege Interesse.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort-----	II
Abkürzungsverzeichnis-----	V
Abbildungsverzeichnis-----	VI
Anlagenverzeichnis-----	VII
1 Einleitung-----	1
2 Methodisches Vorgehen -----	3
3 Altersarmut -----	6
3.1 Definition -----	6
3.2 Zahlen und Fakten-----	8
3.3 Ursachen und Gründe der Altersarmut-----	9
3.4 Ausprägung der Altersarmut -----	13
3.5 (voraussichtliche) Betroffene-----	20
3.6 Altersarmut bei Frauen -----	22
3.6.1 Zahlen und Fakten -----	22
3.6.2 Spezielle Ursachen der Altersarmut bei Frauen -----	24
3.7 Folgen der Altersarmut -----	29
3.8 Politische Handlungen zur Vermeidung von Altersarmut -----	30
3.9 Zukunftsaussichten-----	32
4 Geringfügige Beschäftigung-----	35
4.1 Definition -----	35
4.2 Formen der geringfügigen Beschäftigung -----	36
4.3 Zahlen und Fakten-----	38
4.4 Anteil geringfügig beschäftigter Arbeitnehmer -----	39
5 Das „Gesetz zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung“-----	44
5.1 Gesetzgebungsprozess -----	44
5.1.1 Problemdefinition -----	44
5.1.2 Gesetzentwurf-----	45

5.1.3	Standpunkt der Akteure-----	46
5.1.3.1	Parteien-----	46
5.1.3.2	Gewerkschaften-----	48
5.1.3.3	VdK -----	50
5.1.3.4	DRV -----	50
5.1.4	Parlamentsdebatte -----	51
5.1.5	Gesetzverabschiedung -----	54
5.2	Eingeführte Veränderungen-----	55
5.2.1	Rentenrechtliche Besonderheiten-----	55
5.2.1.1	Einführung der Versicherungspflicht-----	56
5.2.1.2	Befreiung von der Versicherungspflicht-----	56
6	Untersuchung der Fragestellung-----	57
7	Kritik und Reformvorschläge-----	60
8	Fazit -----	65
	Anlagen-----	68
	Literaturverzeichnis-----	69
	Erklärung der Verfasserin-----	73

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
Abs.	Absatz
Art.	Artikel
EP	Entgeltpunkte
gem.	gemäß
gRV	gesetzliche Rentenversicherung
Hrsg.	Herausgeber
i.H.v.	in Höhe von
i.V.m.	in Verbindung mit
SGB	Sozialgesetzbuch

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Policy-Analyse-----	3
Abbildung 2	Einkommensquellen der älteren Bevölkerung, nach Geschlecht 2011-----	15
Abbildung 3	Zahlbeträge der durchschnittlichen Altersrenten bei Rentenzugängen 2000-2012-----	16
Abbildung 4	Entwicklung des Nettorentenniveaus vor Steuern 1985-2026 und 2030-----	17
Abbildung 5	Fernere Lebenserwartung im Alter von 60 Jahren 1901-2060 -----	19
Abbildung 6	Durchschnittliches Rentenzugangsalter und Renten- bezugsdauer 1980-2012, alte Bundesländer-----	20
Abbildung 7	Staatlich geförderte Altersvorsorge nach Altersgruppen und Regionen-----	21
Abbildung 8	Rentenzahlbeträge Babyboomerinnen West- und Ostdeutschland-----	23
Abbildung 9	Quote der aktiv erwerbstätigen Frauen und Männer nach Alter und Elterneigenschaft -----	26
Abbildung 10	Teilzeitbeschäftigungsquoten nach Geschlecht, 1991-2010-----	28
Abbildung 11	Entwicklung von Bevölkerung und Altersstruktur 1960-2060-----	32

Anlagenverzeichnis

Die Anlagen sind auf der beiliegenden CD-ROM hinterlegt.

- Anlage 1** Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Presse: Video;
<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Presse/video,did=185492.html>
[06.04.2015]
- Anlage 2** Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Service: Lexikon der Entwicklungspolitik: Armut;
<http://www.bmz.de/de/service/glossar/A/armut.html>
[28.02.2015]
- Anlage 3** Statistisches Bundesamt Pressemitteilung 4.9.14 – 384/14
- Anlage 4** Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2014
- Anlage 5** Arbeitslosenzahl in Deutschland im Jahresdurchschnitt von 1991 bis 2015 (in Millionen)
- Anlage 6** Statistik: Anzahl der atypisch Beschäftigten in Deutschland nach Erwerbsformen von 1999 bis 2013 (in 1.000)
- Anlage 7** Statistik: Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland von 2000 bis 2014 (in 1.000)
- Anlage 8** Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung vom 16. März 2015 – 99/15
- Anlage 9** Aktuelle Entwicklungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung IV. Quartal 2014 (zitiert als Aktuelle Entwicklungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung IV. Quartal)

- Anlage 10** Aktuelle Entwicklungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung III. Quartal 2014 (zitiert als Aktuelle Entwicklungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung III. Quartal)
- Anlage 11** Deutscher Frauenrat: aktuelle Studie: „Frauen im Minijob“ (zitiert als aktuelle Studie: „Frauen im Minijob“)
- Anlage 12** Der Koalitionsvertrag zwischen CDU,CSU und FDP (zitiert als Koalitionsvertrag zwischen CDU,CSU und FDP)
- Anlage 13** BT-Drucksache 17/10773, Gesetzentwurf, 25. 09. 2012 (zitiert als Gesetzentwurf)
- Anlage 14** BT-Drucksache 17/11174, 24.10.2012 (zitiert als BT-Drucksache 17/11174)
- Anlage 15** Stellungnahme des DGB zum Gesetzesentwurf der Fraktionen von CDU/CSU und der FDP zum „Entwurf eines Gesetzes zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung“ und zum Antrag der Fraktion DIE LINKE „Minijobs mit sozialversicherungspflichtiger Arbeit gleichstellen“ (zitiert als Stellungnahme des DGB)
- Anlage 16** Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, 195. Sitzung (zitiert als 195.Sitzung)
- Anlage 17** Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, 201. Sitzung (zitiert als 201.Sitzung)
- Anlage 18** Erster Gleichstellungsbericht der Bundesregierung (2011): Neue Wege – gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Erwerbsverlauf (zitiert als: Erster Gleichstellungsbericht)

1 Einleitung

Bereits 1889 führte Bismarck die Rentenversicherung ein, um Menschen auch im Alter eine sichere Einkommensquelle zu gewähren. Seither hat sich das System der Rentenversicherung weiterentwickelt, der Grundgedanke aber, Arbeitnehmer und Angestellte vor Altersarmut zu bewahren, hat sich nicht verändert.

Dennoch ist immer häufiger das Thema Altersarmut präsent – in den Medien wie auch in der Politik. Es vergeht kaum eine Woche ohne Prophezeiungen von Altersarmut, negative Schlagzeilen zur Rentenversicherung oder Kritik an prekären Beschäftigungsverhältnissen zu denen auch geringfügige Beschäftigungen dazugehören.

Geringfügige Beschäftigungen sind aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken. Das Bild der geringfügig Beschäftigten ist vielfältig: Neben Studenten gibt es auch Rentner, die geringfügig beschäftigt sind. Sowohl Hausfrauen und Mütter, als auch Beschäftigte, die in einer Haupttätigkeit versicherungspflichtig sind, üben eine geringfügige Beschäftigung aus.

Was sich jedoch im Laufe der Zeit kaum verändert hat, scheint das Bild einer verheirateten Frau zu sein. Während es unwahrscheinlich ist, dass Frauen (vor allem nach einer Schwangerschaft) Vollzeit arbeiten, wird der Mann immer noch als „Alleinernährer“ angesehen. Die Ehefrau bleibt nach der Geburt meist zuhause und kümmert sich um die Erziehung, währenddessen geht der Ehemann weiterhin seiner Beschäftigung nach.

Entschließt sich die Frau dazu wieder arbeiten zu gehen, dient ihre Beschäftigung häufig nur als Zuverdienst. Meist wird lediglich eine geringfügige Beschäftigung oder eine Teilzeitbeschäftigung ausgeübt. Dadurch bauen Frauen geringere Rentenanwartschaften auf und sind auch im Alter vom Einkommen des Ehemannes finanziell abhängig.

Gefährlich wird diese Situation für Frauen vor allem bei einer Scheidung. Trotz Versorgungsausgleich kann die Rente niedrig ausfallen. Vor allem wenn die bisherigen Ansprüche, die ausgeglichen werden, relativ gering

sind.¹ Dazu kommt, dass ein Einstieg ins Erwerbsleben ab einem bestimmten Alter und nach einer Unterbrechung der Beschäftigung je nach Ausbildung und Berufserfahrung, nicht immer reibungslos erfolgt. Geringfügige Beschäftigungen werden oftmals wegen der sogenannten Brückenfunktion² gelobt. Doch nicht selten stehen sie in der Kritik. Bundesfamilienministerin Kristina Schröder in ihrer Rede zum „Equal Pay Day“: „Der Minijob ist das berufliche Abstellgleis auf das viele Frauen abgeschoben werden [...] meistens eine Sackgasse.“³

Um Gleichstellung zu gewährleisten und Altersarmut zu vermeiden, muss die Politik diese vorhandenen Probleme als solche erkennen und nach Lösungen suchen.

Zum 01.01.2013 trat eine Gesetzesänderung im Bereich der geringfügigen Beschäftigung in Kraft. Der Schwerpunkt dieser Arbeit liegt darin, festzustellen, ob diese Gesetzesänderung dazu beiträgt Frauen vor der Altersarmut zu bewahren.

Zur Vereinfachung und besseren Lesbarkeit wird generell die männliche Form verwendet, es sind aber stets beide Geschlechter mit eingebunden, sofern keine gesonderte Aufführung stattfindet.

¹ Beim Versorgungsausgleich werden Anwartschaften aus Versorgungssystemen, die während der Ehe erworben wurden, ausgeglichen. Je nach Dauer der Ehe kann der Ausgleich gering sein. Schwerwiegender sind die Nachteile, die durch eine Unterbrechung des Erwerbslebens ausgelöst werden, wie z. B. der erschwerte Wiedereinstieg in eine Vollzeitbeschäftigung.

² Geringfügige Beschäftigungen sollen eine Brücke zu einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit sein.

³ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

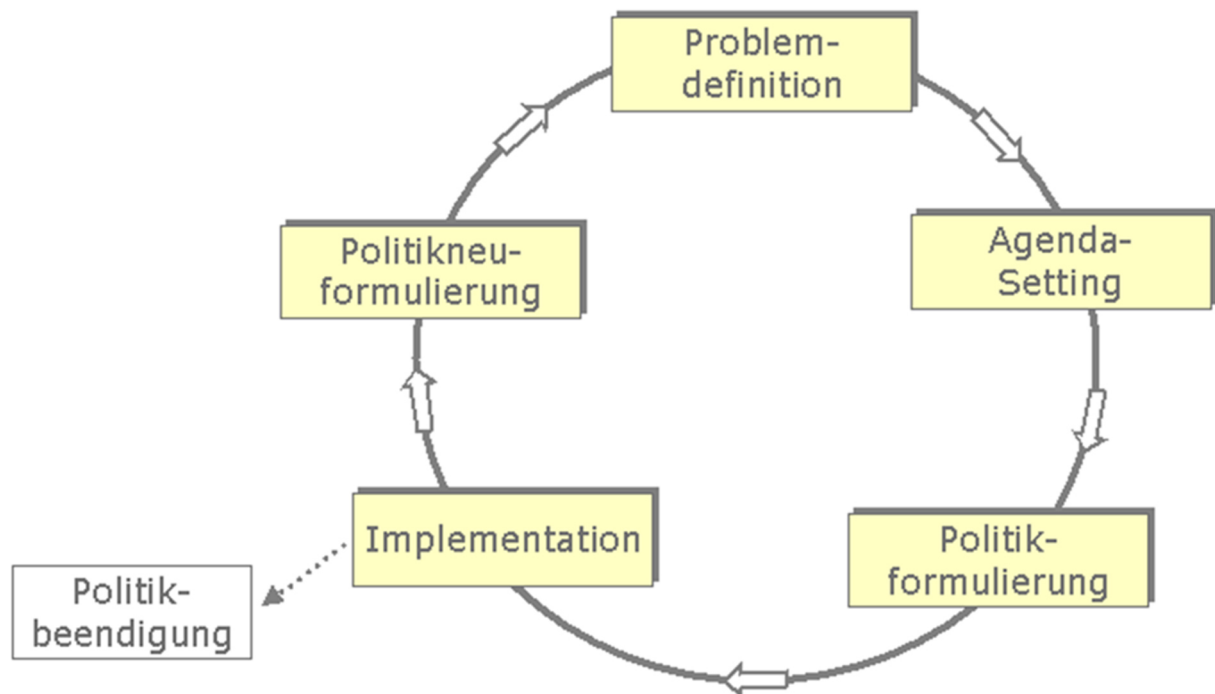
2 Methodisches Vorgehen

Zu Beginn wird Altersarmut definiert und festgestellt, wer betroffen sein wird oder könnte. Des Weiteren werden mögliche Ursachen der Altersarmut erörtert.

Anschließend wird anhand der Policy – Analyse der Gesetzgebungsprozess des „Gesetz[es] zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung“ analysiert.

Die Policy – Analyse ist ein Modell der Politikfeldanalyse. Man erhofft sich durch die Anwendung einerseits Auskunft darüber, wie sich politische Prozesse sinnvoll untersuchen und analysieren lassen. Andererseits bekommt man einen Überblick über Ablauf und Dynamiken politischer Prozesse.

Abb. 1: Policy-Analyse



Quelle: http://www.dadalos-d.org/europa/grundkurs_4/zusammenspiel_eu-system.htm

Die Problemwahrnehmung ist die erste Phase des Zyklus. Ab wann etwas von der Politik als Problem bzw. Aufgabe wahrgenommen und festgesetzt wird, dass es notwendig ist, sich damit auseinander zu setzen, kann nicht genau festgestellt werden. Umweltprobleme z. B. existieren meist viel früher als sie wahrgenommen werden und die Notwendigkeit politischen Handelns erkannt wird.

Studien und Indikatoren helfen, einen Realitätsbezug herzustellen; sie reduzieren die Komplexität der Probleme und tragen zur sinnvollen Lösungsfindung bei.⁴

Anschließend folgt das Agenda – Setting. Nicht jedes Problem, das wahrgenommen wird, wird auch auf die „politische Tagesordnung“⁵ gesetzt. Die zentrale Fragestellung lautet hier: Warum schaffen es manche Probleme auf die politische Agenda, andere aber nicht? Es gilt zu untersuchen, weshalb manche Probleme eine politische Handlungsrelevanz auslösen, andere aber nicht.

Möglicherweise gelangen Probleme, für die ein realistischer Lösungsansatz bereits vorliegt, eher auf die Agenda. Es kann aber auch sein, dass durch Krisen, Skandale oder Katastrophen die Aufmerksamkeit auf ein Problem gelenkt wird und ein Handlungsbedarf entsteht.

Die Agenda wurde von John Kingdon als eine Liste von Themen oder Problemen definiert, denen die Regierung und ihr weites Umfeld zu einem bestimmten Zeitpunkt hohe Aufmerksamkeit schenkt.

Eine wichtige Rolle für das Agenda-Setting spielen die Akteure: Sie können entweder überhaupt kein Interesse an dem Problem und somit an der Problemlösung haben, so dass dieses nicht auf die Agenda gesetzt wird, oder aber die Akteure sind derart mächtig, dass sie dafür sorgen, dass das Problem nicht wahrgenommen, diskutiert und entsprechend behandelt wird. In diesem Fall sind die Akteure mit dem momentanen Zustand zufrieden und es wird keine Veränderung angestrebt.⁶

⁴ Vgl. Blum, S. 63, 2009.

⁵ Blum, S. 65, 2009.

⁶ Vgl. Blum, S. 87ff.

Der nächste Schritt ist die Politikformulierung und Entscheidung. An dieser Stelle wird das Problem als solches nicht mehr in Frage gestellt, im Vordergrund stehen nun Handlungsalternativen und Lösungsvorschläge, die vorgestellt und diskutiert werden. Konfliktparteien versuchen sich mit den unterschiedlichen und bestmöglichen Lösungsansätzen von der Konkurrenz abzugrenzen.

An der Politikformulierung ist nicht nur das Parlament beteiligt; vielmehr versuchen interessierte Akteure Einfluss auf die Entwicklung zu nehmen. Die Ministerialverwaltung beteiligt sich mit Expertenwissen an der Politikformulierung. Ziel ist es, die beste Lösung zu finden.⁷

Daraufhin folgt die Politikimplementierung. Dies ist die „Phase, in der politische Absichten in messbare Taten umgesetzt werden.“⁸ Es wird deutlich, ob die ausgesuchte Maßnahme die gewünschte Funktion erfüllt oder ob andere Faktoren eine negative Auswirkung auf die gewählte Maßnahme haben.

Der letzte Schritt besteht aus der Politikevaluierung. Die Evaluierung soll entweder zur Neuformulierung oder zur Beendigung des Politikprozesses – bei entsprechender positiver Bewertung – führen.⁹

⁷ Vgl. Blum, S. 98, 2009.

⁸ Blum, S. 123, 2009.

⁹ Vgl. Blum, S. 124, 2009.

3 Altersarmut

Im Folgenden wird zunächst Altersarmut definiert und Zahlen und Fakten bezüglich der Altersarmut dargelegt. Anschließend werden Ursachen und Gründe der Altersarmut erörtert und deren Ausprägung untersucht.

Da sich diese Arbeit insbesondere mit der Altersarmut bei Frauen befasst, werden spezielle Zahlen und Fakten bezüglich der Frauen untersucht und im Anschluss die speziellen Gründe der Altersarmut bei Frauen behandelt. Außerdem werden unabhängig vom Geschlecht voraussichtliche Betroffene, die Folgen der Altersarmut für die Betroffenen dargestellt und politische Handlungen zur Vermeidung von Altersarmut geschildert.

Abgeschlossen wird das Kapitel „Altersarmut“ mit einem Blick in die Zukunft.

3.1 Definition

Eine einheitliche und klare Definition für Armut ist nicht vorhanden. Ob Armut vorhanden ist oder nicht hängt vielmehr von verschiedenen Faktoren ab. Laut Entwicklungsausschuss der OECD bedeutet Armut verschiedene Arten von Entbehrungen im Zusammenhang mit der Unfähigkeit, menschliche Grundbedürfnisse zu befriedigen.

Unter Grundbedürfnissen versteht man den Konsum und die Sicherheit von Nahrungsmitteln, Gesundheitsversorgung, Bildung, Ausübung von Rechten, Mitsprache, Sicherheit und Würde sowie menschenwürdige Arbeit.¹⁰

Generell ist zwischen zwei Arten der Armut - relative und absolute Armut - zu unterscheiden.

Sobald die Grundbedürfnisse nicht befriedigt werden können, spricht man von absoluter Armut.

¹⁰ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Relative Armut ist immer im Verhältnis zum jeweiligen Umfeld eines Menschen zu betrachten. Nach EU-weiter Ansicht lebt man in relativer Armut, wenn nur 60 % des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens zur Verfügung stehen.¹¹

Auch das Bedarfsniveau der Grundsicherung (SGB XII) kann als Maßstab dienen, um Armut zu definieren.¹²

Der Begriff „Altersarmut“ wird für Menschen, die das 65. Lebensjahr überschritten haben und von Armut betroffen sind, verwendet.

Unterschiedliche Auslöser (Krankheitsfälle, Todesfälle oder größere Krisen) können zu Armut führen.¹³

Altersarmut kann ebenfalls erst im Alter auftreten oder aber ein Ergebnis aus „für die finanzielle Lage im Alter relevanten Rahmenbedingungen [...] in früheren Lebensphasen, deren Wirkung langfristig und kumulativ sind, sein.“¹⁴

Soziale Risiken, die zu Armut im Alter führen können, können in zwei Gruppen eingeteilt werden.

Zum einen gibt es „Standardrisiken des Erwerbslebens“ die vor allem abhängig Beschäftigte betreffen. Dazu gehören Formen der Minderung der Erwerbsfähigkeit (Arbeitsunfähigkeit, Arbeitslosigkeit, arbeitsbedingte Erkrankungen, Arbeitslosigkeit, Invalidität) und prekäre Beschäftigungen (Beschäftigung im Niedriglohnsektor, Teilzeitbeschäftigung, Minijobs, befristete Beschäftigung, Zeitarbeit).¹⁵

Zum anderen gibt es Risiken, die unabhängig von den Beschäftigungsbedingungen, jeden betreffen können. Beispiele hierfür sind chronische Erkrankungen, Pflegebedürftigkeit oder familiäre Sorgearbeit. Auch diese Risiken können zu einer Belastung der materiellen Lage führen.

¹¹ Vgl. Vogel, S. 15, 2013.

¹² Vgl. Vogel, S. 26, 2013.

¹³ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

¹⁴ Vogel, S. 448, 2013.

¹⁵ Vgl. Vogel, S. 449, 2013.

3.2 Zahlen und Fakten

Um die Anzahl von Altersarmut Betroffener festzulegen, kann die Anzahl der Empfänger von Grundsicherung herangezogen werden.¹⁶ Es müsse jedoch beachtet werden, dass viele ältere Menschen, die einen Anspruch auf Grundsicherung hätten, diese nicht beantragen würden. Gründe hierfür seien möglicherweise die Scheu vor dem Gang zum Amt. Ferner hätten viele Angst vor einem Unterhaltsrückgriff auf Kinder.¹⁷

Das Statistische Bundesamt teilt für 2013 mit, dass die Anzahl der Empfänger von Grundsicherung um 7,4 % gestiegen sei. Ende 2013 hätten ca. 499 000 Menschen Grundsicherung erhalten. Vor allem Frauen aus den alten Bundesländern seien auf Grundsicherung angewiesen. 36 von 1000 Frauen hätten insgesamt Grundsicherung bezogen. Währenddessen hätten 27 von 1000 Männern dieses Alters Leistungen der Grundsicherung in Anspruch genommen. In den neuen Bundesländern seien 22 von 1000 Frauen und 20 von 1000 Männern auf Grundsicherung angewiesen gewesen.¹⁸

Der Paritätische Gesamtverband veröffentlicht regelmäßig einen Armutsbericht auf Basis der Daten des Statistischen Bundesamtes.

Die Armutsquote in Deutschland sei mit 15,5 % auf ein neues Rekordhoch gestiegen und umfasse inzwischen 12,5 Mio. Menschen. Erwerbslose und Alleinerziehende würden zu den auffallenden Risikogruppen gehören. Über 40 % der Alleinerziehenden und beinahe 60 % der Erwerbslosen seien arm. Die Tendenz steige seit 2006.

Besorgnis erregend sei die Zunahme der Altersarmut in den letzten Jahren, vor allem unter Rentnern. Die Armutsquote sei mit 15,2 % unterdurchschnittlich. Jedoch sei diese seit 2006 überproportional

¹⁶ Siehe 3.1 Definition.

¹⁷ Vgl. Kreikebohm, S.370, 2013.

¹⁸ Statistisches Bundesamt Pressemitteilung 4.9.14 – 384/14.

gestiegen und viermal so stark gewachsen. Eine rasantere Armutsentwicklung liege bei keiner anderen Bevölkerungsgruppe vor.¹⁹

3.3 Ursachen und Gründe der Altersarmut

Ursachen und Gründe der Altersarmut hängen von verschiedenen und vielzähligen Faktoren ab. Wie bereits unter „Definition“ erwähnt, kann Altersarmut durch plötzliche Ereignisse ausgelöst werden, oder aber das Ergebnis aus „für die finanzielle Lage im Alter relevanten Rahmenbedingungen [...] in früheren Lebensphasen, deren Wirkung langfristig und kumulativ sind, sein.“²⁰

Da plötzliche Ereignisse unvorhersehbar sind und nicht zuverlässig von vornherein verhindert werden können, werden im Folgenden Ursachen und Gründe genannt, die für eine Altersarmut, ausgelöst aus unterschiedlichen Rahmenbedingungen während des Erwerbsverlaufs, charakteristisch sind.

Der Erwerbsverlauf stellt den Verlauf der Erwerbstätigkeit „vom Eintritt in das Berufsleben bis zum Erwerbsaustritt bzw. dem Eintritt in den Ruhestand“²¹ dar.

Insbesondere diskontinuierliche Erwerbsverläufe können zu einem höheren Risiko von Altersarmut betroffen zu sein führen. Diese wiederum entstehen zum einen durch Arbeitslosigkeit, Kindererziehung und zum anderen durch atypische Beschäftigungen.

Den Wandel der Erwerbsverläufe insbesondere im Hinblick auf Alterssicherung hat Falko Trischler untersucht.

Einen Grund für den Wandel der Erwerbsverläufe stelle die Zunahme der Arbeitslosigkeit dar. Seit 1980 habe die Zahl der Arbeitslosen zugenommen. In letzter Zeit sei zwar ein Rückgang der Arbeitslosen zu verzeichnen, jedoch wären 2014 ca. 3 Mio. Arbeitslose bei der

¹⁹ Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2014, S. 1.

²⁰ Vgl. Vogel, S. 448, 2013.

²¹ Trischler, S. 14, 2014.

Bundesagentur für Arbeit registriert²², somit sei Arbeitslosigkeit aktuell noch weit verbreitet. Einerseits steige die Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit, andererseits steige vor allem deren Dauer im Erwerbsverlauf. Die Arbeitslosigkeit könne als „Bestandteil der überwiegenden Zahl an Erwerbsbiographien“²³ angesehen werden. Das Risiko arbeitslos zu werden hänge von verschiedenen Faktoren ab, die größte Risikogruppe stellten jedoch „soziale Gruppen wie Geringqualifizierte, Ausländer und Beschäftigte in den neuen Bundesländern sowie Personen in der Erwerbseinstiegs- und Erwerbsausstiegsphase“ dar.²⁴

Arbeitslosigkeit führe zum Lohnausfall und damit auch zur Minderung der Beiträge zur gRV. Die Bundesagentur für Arbeit übernehme unter anderem die Rentenversicherungsbeiträge für die Dauer des Bezugs von Arbeitslosengeld, bei Bezug von Arbeitslosengeld II würden keine Beiträge an die gRV abgeführt.²⁵

Während der Dauer der Arbeitslosigkeit könne meist auch keine private Vorsorge betrieben werden. Demzufolge habe Arbeitslosigkeit, vor allem Langzeitarbeitslosigkeit, erhebliche Folgen auf die Alterssicherung und könne zu Altersarmut führen.

Als ein weiterer Grund für den Wandel der Erwerbsverläufe werden atypische Beschäftigungen angesehen.

Zu den atypischen Beschäftigungen gehörten Zeitarbeit, befristete oder geringfügige Beschäftigungen und Beschäftigungen im Niedriglohnsektor. 2010 hätten insgesamt über 23 % aller Beschäftigten Stundenlöhne unterhalb der Niedriglohnschwelle²⁶ erhalten. Seit Mitte der 1990er- Jahre

²² Arbeitslosenzahl in Deutschland im Jahresdurchschnitt von 1991 bis 2015 (in Millionen).

²³ Trischler, S.30, 2014.

²⁴ Trischler, S.31, 2014.

²⁵ Vgl. Trischler, S.33, 2014.

²⁶ Es wird auf die Niedriglohnschwelle i.H.v. von zwei Dritteln des durchschnittlichen Medianeinkommens (9,15 Euro) Bezug genommen.

gäbe es einen beobachtbaren Anstieg. Mit 17,7 % im Jahr 1995 sei die Verbreitung der niedrigen Entgelte früher deutlich geringer gewesen.²⁷

Trischler spricht in Bezug auf atypisch Beschäftigte oftmals von „working poor“ – Menschen, die trotz Ausübung einer Erwerbstätigkeit, arm seien.²⁸

Atypische Beschäftigungszeiten führten zum Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungszeiten und infolge dessen zu geringerer Steigerung der Rentenanwartschaften.

Indikatoren für die Zunahme der atypischen Beschäftigungen seien zum einen der Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungen und die „kontinuierliche Ausweitung von atypischen Beschäftigungsverhältnissen“²⁹.

Im Jahre 2000 standen 6,01 Mio. Beschäftigte in einem atypischen Beschäftigungsverhältnis, während der Finanz- und Wirtschaftskrise (ca. 2007 bis 2009) standen 7,69 Mio. Beschäftigte in einem atypischen Beschäftigungsverhältnis. Bis 2013 verringerte sich die Anzahl der atypisch Beschäftigten auf lediglich 7,64 Mio.³⁰

Im Jahr 2000 gab es rund 27,84 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Deutschland, während der Finanz- und Wirtschaftskrise nahm die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um rund 3 Prozentpunkte auf 27,05 Mio. Beschäftigte ab.

Bis 2014 jedoch erhöhte sich die Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter auf 30,17 Mio. um 11,54 Prozentpunkte.³¹

Demzufolge könnte sich die Krise für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte negativer ausgewirkt haben als für atypisch Beschäftigte. Während die Anzahl der atypisch Beschäftigten konstant blieb, sind bei den sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmern deutliche Rückgänge zu

²⁷ Vgl. Butterwegge, S. 101, 2012.

²⁸ Trischler, S.313, 2014.

²⁹ Trischler, S.32, 2014.

³⁰ Statistik: Anzahl der atypisch Beschäftigten in Deutschland nach Erwerbsformen von 1999 bis 2013 (in 1.000).

³¹ Statistik: Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland von 2000 bis 2014 (in 1.000).

verzeichnen. Anschließend stieg die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erneut an.

Diese Zahlen geben zunächst keine Auskunft darüber, inwiefern sich die Erwerbsverläufe tatsächlich ändern und inwieweit die Veränderung zur Altersarmut führt. Es ist differenzierter zu betrachten wer hinter diesen Zahlen steckt. Um darüber eine genaue Aussage zu treffen, wird auf 4.3 und 4.4 verwiesen.

Trischler stellt als Ergebnis seiner Studie fest, dass der Rückgang der Erwerbsbeteiligung nicht auf alle Beschäftigungsgruppen in gleichem Ausmaß zutrifft.

Sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern beschäftigte Männer wiesen weiterhin stabile Erwerbsverläufe auf, vor allem hochqualifizierte Männer hätten nach wie vor kaum Lücken im Erwerbsverlauf.

Es seien überwiegend geringqualifizierte aus den neuen Bundesländern Stammende und Frauen von diskontinuierlichen Erwerbsverläufen und atypischen Beschäftigungen betroffen.

Auch die Kindererziehung kann zu einer Verstärkung der Betroffenheit von Altersarmut führen. Kindererziehung führt zu Lücken im Erwerbsverlauf und damit zu weniger rentenrechtlichen Zeiten.

Die ersten drei Jahre der Kindererziehung werden zwar als Kindererziehungszeiten anerkannt und mit knapp einem Entgeltpunkt pro Jahr bewertet. Ausschlaggebender sei aber, dass Frauen nach der Kindererziehung selten eine Vollzeitstelle annähmen und somit höhere Rentenansprüche erwürben. Vergleicht man die Anzahl erwerbstätiger Frauen und Männer mit Kind bzw. ohne Kind wird deutlich, dass Frauen mit Kind(ern) eine geringere Erwerbstätigenquote aufweisen als die übrigen drei Gruppen.³² Unter 3.5.3 wird speziell auf die Ursachen der Altersarmut bei Frauen eingegangen. Aus diesem Grund wird das Thema

³² Siehe: 3.6.1 Zahlen und Fakten.

Kindererziehung und die Auswirkungen auf den Erwerbsverlauf an dieser Stelle nicht weiter diskutiert.

Einen weiteren wichtigen Faktor stellt die Absenkung des Rentenniveaus dar. Nach heutiger Prognose wird das Rentenniveau bis 2030 auf 43 % (Nettorentenniveau vor Steuern) absinken, zusätzlich steigt der steuerpflichtige Teil der Rente bis 2040 auf 100 % an. Im folgenden Kapitel wird genauer auf die gRV eingegangen.

3.4 Ausprägung der Altersarmut

Der Rentenanspruch aus der gRV stellt für den Großteil der Bevölkerung das Haupteinkommen im Alter dar.

Die Rente berechnet sich nach folgenden Faktoren:

Monatliche Rente = Zugangsfaktor * Rentenartfaktor * aktueller Rentenwert * Entgeltpunkte

Der Zugangsfaktor (§ 77 SGB VI) ist vom Rentenzugangsalter abhängig und wirkt sich entweder als Zu- oder Abschlag auf die Höhe der Rente aus. Ist die Regelaltersgrenze erreicht, beträgt der Zugangsfaktor 1,0. Bei späterer Inanspruchnahme erhöht sich der Zugangsfaktor um 0,005 pro Monat. Bei Inanspruchnahme vor Erreichen der Regelaltersgrenze verringert sich dieser um 0,003 pro Monat. Auf Ausnahmen, wie z. B. die Rente mit 45 Jahren Wartezeit, wird an dieser Stelle nicht eingegangen.

Der Rentenartfaktor hängt von der jeweiligen Rentenart ab. Bei allen Altersrenten beträgt dieser 1,0.

Der aktuelle Rentenwert gem. § 68 SGB VI wird stets zum 01.07. eines Jahres von der Bundesregierung festgelegt. Er ist von der momentanen wirtschaftlichen Lage abhängig; es werden unter anderem die Entwicklung der Löhne und die Entwicklung des Beitragssatzes zur gRV in die

Berechnung mit einbezogen. Der aktuelle Rentenwert beträgt ab 01.07.2014 monatlich 28,61 Euro West und 26,39 Euro Ost.

Von großer Bedeutung sind die Entgeltpunkte nach § 70 SGB VI. Größtenteils werden EP durch beitragspflichtige Beschäftigungszeiten und durch Zeiten der Kindererziehung erworben. Bis 31.12.1991 werden für jedes Kind zwei EP und ab 01.01.1992 drei EP angerechnet. Es sind spezielle Voraussetzungen zu erfüllen. Jedoch würde es zu weit führen, detailliert auf diese einzugehen.

Die EP für eine beitragspflichtige Beschäftigung erhält man, indem das individuelle Jahreseinkommen durch das durchschnittliche Jahreseinkommen aller Beschäftigten dividiert wird. Auch hier wird nicht auf die Besonderheiten bei der Berechnung eingegangen. Vielmehr soll dargestellt werden, von welchen Faktoren die Rente abhängt und auf welche Faktoren der Versicherte möglicherweise Einfluss nehmen kann.

Der Einfluss begrenzt sich auf die EP und diese wiederum sind vom Erwerbseinkommen des Beschäftigten abhängig. Die Höhe und Dauer der Beitragszahlung stellen die eigentlichen Faktoren für die spätere Rentenzahlung dar. Dieses in der gRV herrschende Prinzip wird Äquivalenzprinzip genannt.

Ein niedriger Lohn führt zu einer niedrigen Rente und damit zu einem höheren Risiko, von Altersarmut betroffen zu sein.

In Deutschland ist die gesetzliche Rente sehr erwerbszentriert. Der deutsche Eckrentner ist 45 Jahre beitragspflichtig beschäftigt. Während dieser 45 Jahre entspricht der Verdienst dem ermittelten durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelt³³. Das sind im Jahr 2013 33.659 Euro. Bei Erreichen der Altersgrenze am 01.02.2015 erhält er 1.287,45 Euro Rente.³⁴

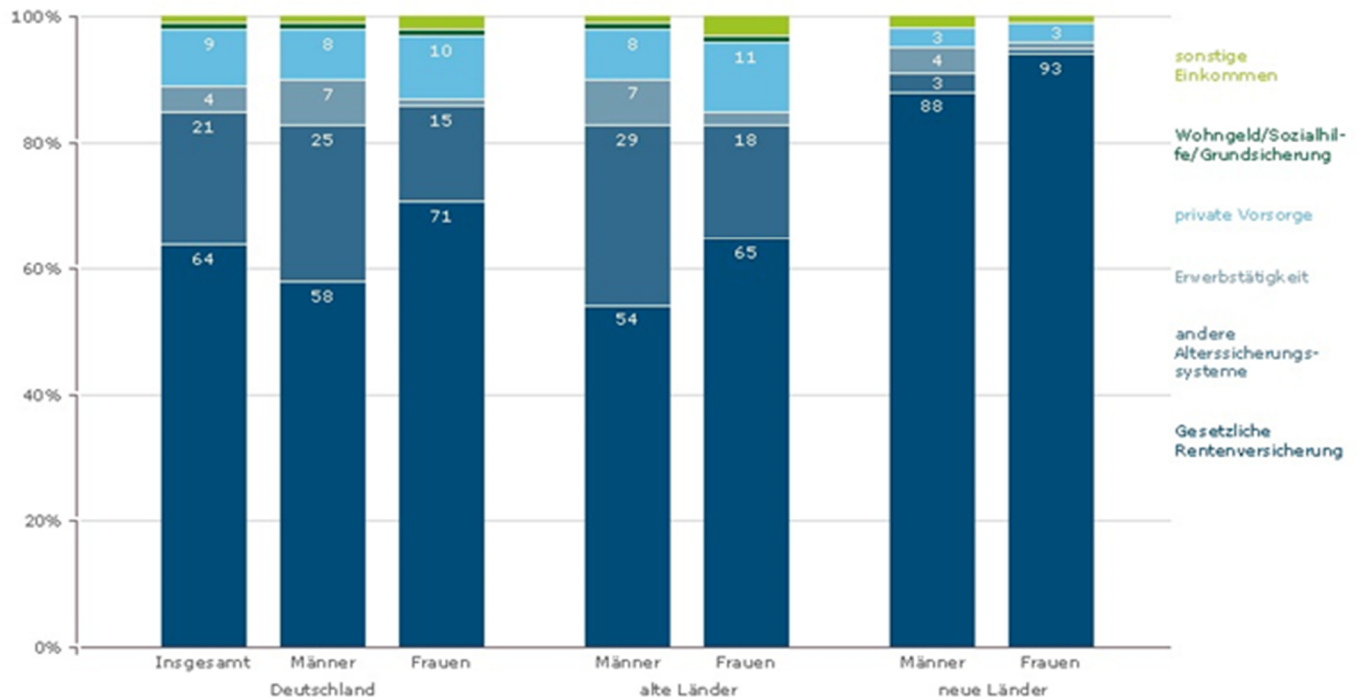
Diese Modellrechnung korreliert nicht mit den realen Lebensabläufen der meisten Frauen. Die Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung und des

³³ Die Deutsche Rentenversicherung stützt sich hier auf Zahlen, die das statistische Bundesamt erhebt.

³⁴ Es wurden die Werte West verwendet.

Arbeitsentgelts, das verarbeitet wird, spiegeln sich in der Alterssicherung der beschäftigten Frauen wider.³⁵ Laut Trischler wird sich die Entwicklung zunehmender Ungleichheit in der Alterssicherung, die schon heute beobachtet werden kann, weiter verstärken.

Abb.2: Einkommensquellen der älteren Bevölkerung, nach Geschlecht 2011



Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Alterssicherung in Deutschland 2011, ASID 2011

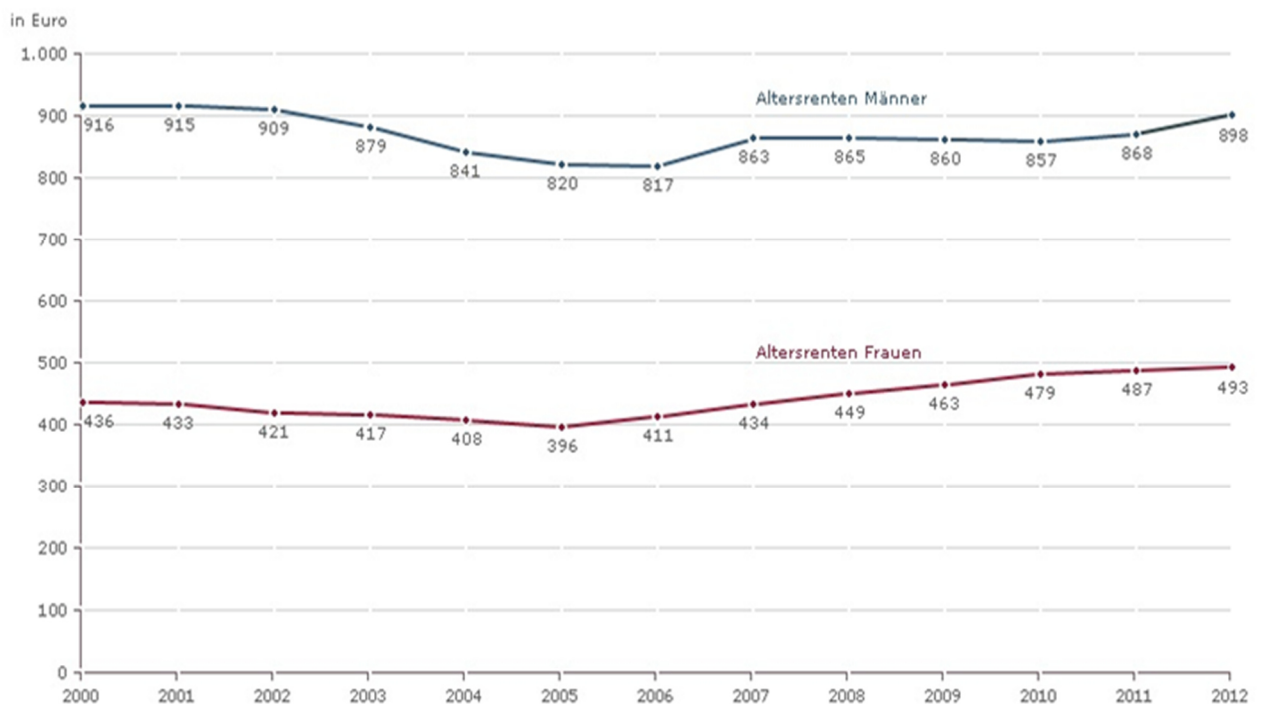
Das vorliegende additive Diagramm verdeutlicht die Zusammensetzung der Einkommensquellen der älteren Bevölkerung nach Geschlecht im Jahr 2011. An der y-Achse ist das Verhältnis des Einkommens am Gesamteinkommen abzulesen. Die Säulen differenzieren zum einen nach Geschlecht und zum anderen nach alten und neuen Bundesländern. Anhand der Säulen kann man die Anteile der unterschiedlichen Einkommensquellen erkennen.

Das Gesamteinkommen in Deutschland (alte und neue Bundesländer) bestand 2011 ab dem 65. Lebensjahr zu 64 % aus einer Rente aus der

³⁵ Vgl. Trischler, S. 313, 2014.

gRV. Auch in Zukunft wird die gRV die Haupteinnahmequelle sein, sollte jedoch um weitere Möglichkeiten der Alterssicherung ergänzt werden, um Altersarmut zu vermeiden. Da Frauen bereits heute im Durchschnitt eine geringere Rente erhalten, wird dieses Problem in Zukunft durch die Absenkung des Rentenniveaus und der steigenden Besteuerung (2040 100 %) verstärkt.

Abb. 3: Zahlbeträge der durchschnittlichen Altersrenten bei Rentenzugängen 2000-2012

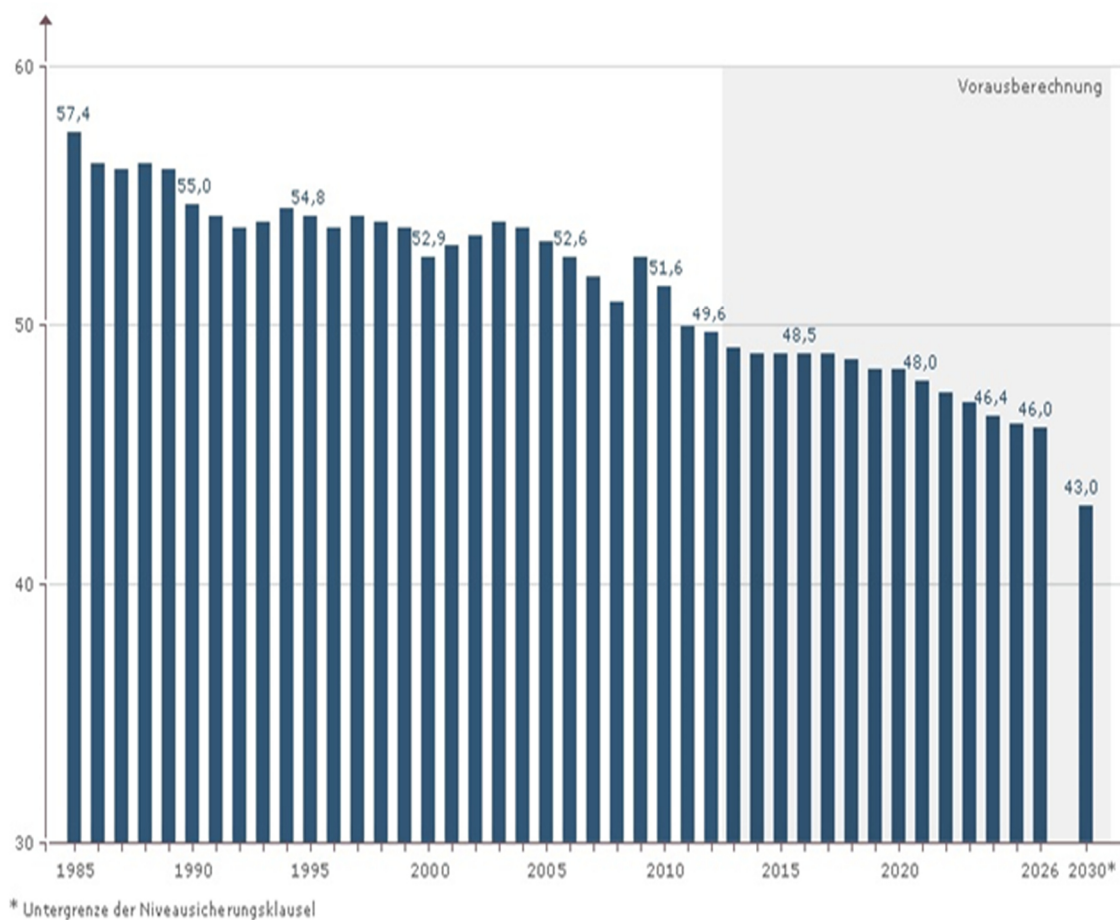


Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund: Rentenversicherung in Zeitreihen, 2013

Die Zahlbeträge der durchschnittlichen Altersrenten bei Rentenzugängen von 2000 bis 2012 in Deutschland stellt dieses Liniendiagramm dar. Die monatlichen Zahlbeträge in Euro sind an der y-Achse abzulesen und die Jahreszahlen an der x-Achse. Die Altersrente für Frauen beträgt im Durchschnitt ca. 429 Euro weniger als die Altersrente der Männer. Die möglichen Gründe für den deutlichen Unterschied werden in Kapitel 3.5.3 behandelt. Anhand dieses Liniendiagrammes ist zu erkennen, weshalb besonders Frauen durch die Einsparmaßnahmen der deutschen Rentenversicherung (Senkung des Rentenniveaus etc.) gefährdet sind

und möglicherweise stärker auf Grundsicherung angewiesen sind als Männer. Beträgt das monatliche durchschnittliche Einkommen weniger als 773 Euro, sollte geprüft werden, ob ein Anspruch auf Grundsicherung besteht. Verheiratete Rentnerinnen sind durch das höhere Einkommen des Ehegatten abgesichert, verstirbt der Ehegatte, entsteht in der Regel ein Anspruch auf Hinterbliebenenrente. Hierdurch vermindert sich die Gefahr der Altersarmut.

Abb. 4: Entwicklung des Nettorentenniveaus vor Steuern 1985-2026 und 2030



Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund, Rentenversicherung in Zeitreihen, 2012 (Daten bis 2008); Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Rentenversicherungsbericht, 2012 (Daten ab 2009)

Das Nettorentenniveau wird bis 2030 auf 43 % (Nettorentenniveau vor Steuern) sinken. Das vorliegende Säulendiagramm legt die Entwicklung des Netto-Rentenniveaus vor Steuern von 1985 bis voraussichtlich 2026 und das Netto-Rentenniveau im Jahr 2030 dar. An der y-Achse ist das Rentenniveau in Prozent zu erkennen. Die x-Achse stellt die Jahre 1985

bis 2030 dar. Betrachtet wird die Netto-Standardrente vor Steuern (45 Versicherungsjahre) in Prozent des durchschnittlichen Jahresentgelts. Dadurch werden in Zukunft die Rentenzahlungsbeträge relativ gesehen geringer ausfallen. Die dadurch entstehende Lücke sollen Versicherte durch private Altersvorsorge füllen.

Jedoch sei gerade im unteren Einkommensbereich und bei längerer Arbeitslosigkeit zum einen die Sparfähigkeit begrenzt und zum anderen die Vorsorgebereitschaft im Angesicht negativer Zukunftsperspektiven der Alterssicherung gering.³⁶

Eine niedrige Versichertenrente kann aber nicht als ein Indiz der Altersarmut pauschalisiert werden.³⁷ Es sind weitere Einkommensarten, wie z. B. die Pension, Betriebsrente, Hinterbliebenenrente oder Kapitaleinkünfte zu berücksichtigen, um Altersarmut festzustellen.³⁸

In Anbetracht der Bevölkerungsentwicklung ist es jedoch notwendig, einige Veränderungen einzuleiten. Der Gesetzgeber hat sich deshalb dazu entschieden, das Rentenniveau relativ zu senken und den steuerpflichtigen Anteil der Rente bis zu 100 % zu erhöhen, um die Beitragslast der Beitragszahler gering zu halten.

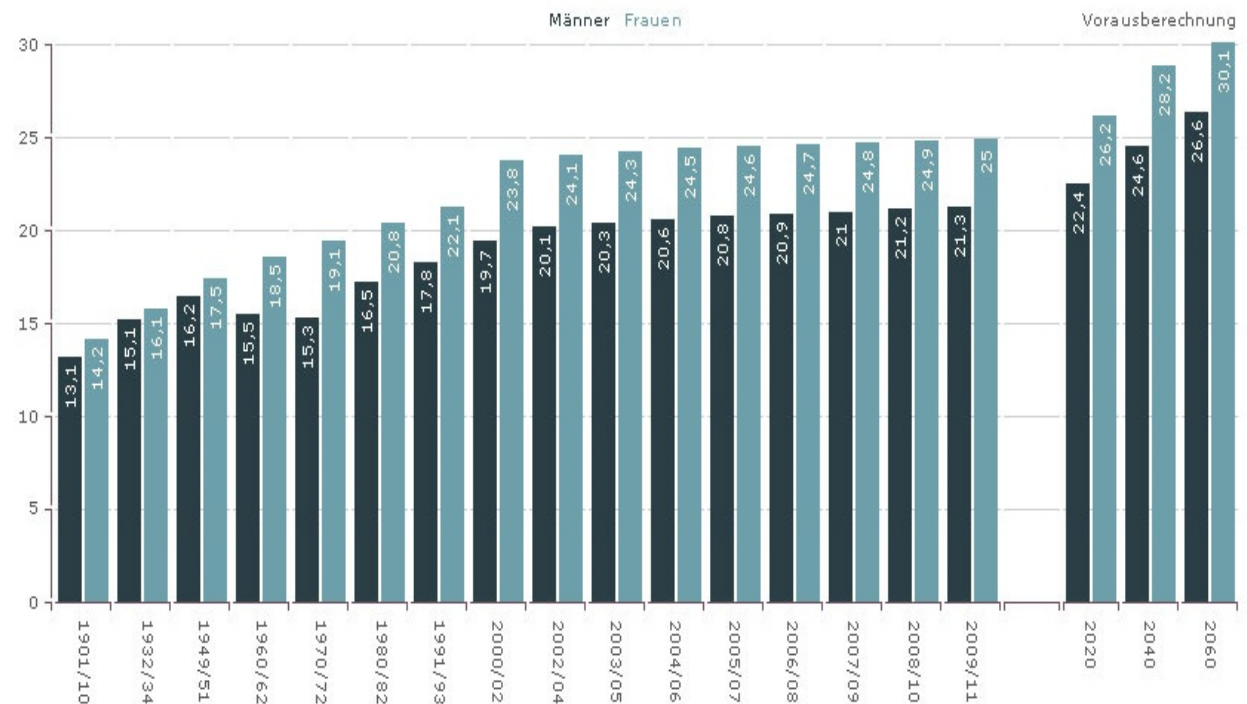
Zum einen steigt die Lebenserwartung. Das folgende Säulendiagramm stellt auf der y-Achse die Lebensjahre und auf der x-Achse die Jahre 1901 bis 2060 dar. Es ist deutlich zu erkennen, dass gem. der Vorausberechnung die zukünftigen 60-jährigen Frauen weitere 30 Jahre leben werden (Männer ca. 27 Jahre). 1901 konnten 60-jährige Frauen im Durchschnitt von ca. 14 weiteren Lebensjahren ausgehen und lebten somit weniger als halb so lang wie zukünftig erwartet wird (Männer ca. 13 Jahre).

³⁶ Vgl. Butterwegge, S. 60, 2012.

³⁷ Vgl. Butterwegge, S. 66, 2012.

³⁸ Vgl. Vogel, S. 26, 2013.

Abb. 5: Fernere Lebenserwartung im Alter von 60 Jahren 1901-2060



*Bis 1932/34: Deutsches Reich; 1949/51 bis 1980/82: alte Bundesländer; ab 1991/93: Deutschland.
Ab 2020: Annahmen der 12. koord. Bevölkerungsvorausberechnung (Variante: "mittlere" Bevölkerung/Obergrenze)

Quelle: Sterbetafel, verschiedene Jahrgänge und Statistisches Bundesamt 2009

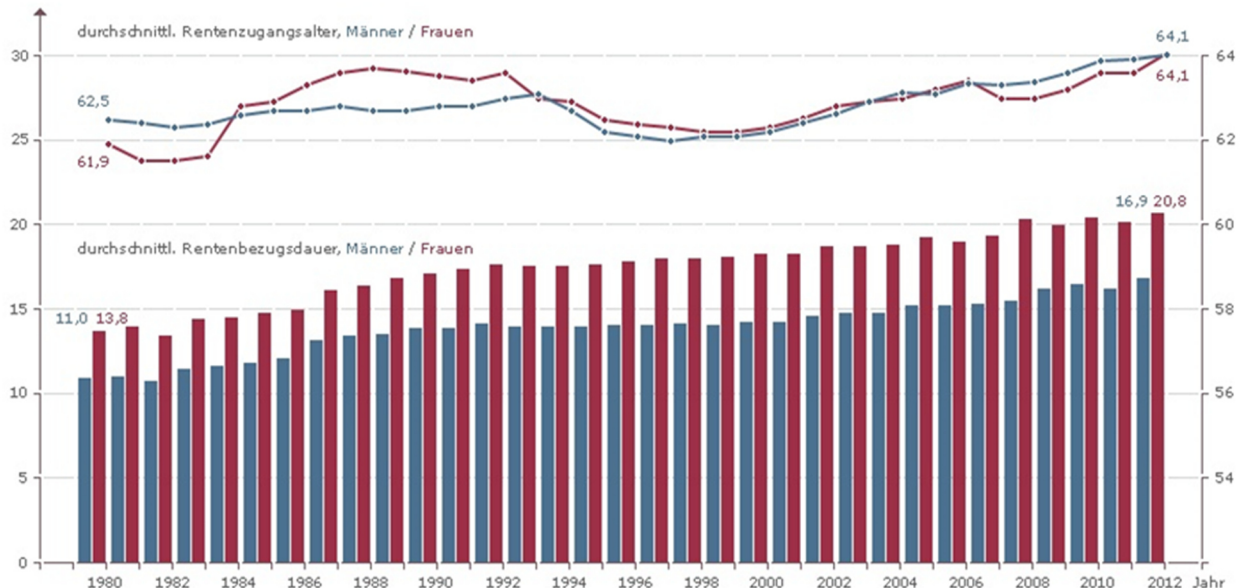
Zum anderen führt diese Entwicklung zu längeren Rentenbezugszeiten.

Das Säulendiagramm stellt auf der x-Achse den Zeitverlauf und auf der y1-Achsen (links) die durchschnittliche Rentenbezugsdauer und auf der y2-Achse (rechts) das durchschnittliche Rentenzugangsalter für beide Geschlechter dar. Diese Darstellung bezieht sich nur auf die alten Bundesländer.

Im Jahre 1980 verstorbene Rentner bezogen im Durchschnitt elf (Männer) und 13,8 Jahre (Frauen) lang eine Rente. Bis 2012 stieg die durchschnittliche Rentenbezugsdauer auf 16,9 (Männer) und 20,8 Jahre (Frauen) an. Innerhalb von 32 Jahren stieg die Bezugsdauer um ca. sechs (Männer) und sieben Jahre (Frauen). Da die Lebenserwartung linear steigt, ist auch mit einer Steigung der Rentenbezugsdauer zu rechnen.

Das Rentenzugangsalter ist im selben Zeitraum für Männer von 62,5 auf 64,1 Jahre (Frauen 61,9 auf 64,1) gestiegen.

Abb. 6: Durchschnittliches Rentenzugangsalter und Rentenbezugsdauer 1980-2012, alte Bundesländer



1) Rentenzugangsalter: Renten wegen Alters 2) Rentenbezugsdauer: Renten wegen Alters und wegen verminderter Erwerbsfähigkeit

Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund, Rentenversicherung in Zeitreihen, 2013

Um die finanziellen Auswirkungen der längeren Lebensdauer und der somit verbundenen längeren Rentenbezugsdauer auf die gRV einzugrenzen, wird zusätzlich das Renteneintrittsalter stufenweise auf das 67. Lebensjahr angehoben.

3.5 (voraussichtliche) Betroffene

Ob in den nächsten Jahren Altersarmut zunehmen werde, hänge von der Entwicklung der Erwerbs- und Versichertenbiografien ab. Es könne nicht prognostiziert werden, wie sich z. B. die EP angesichts der Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt entwickeln würden oder inwiefern sich das Leistungsniveau der gRV ändern werde.

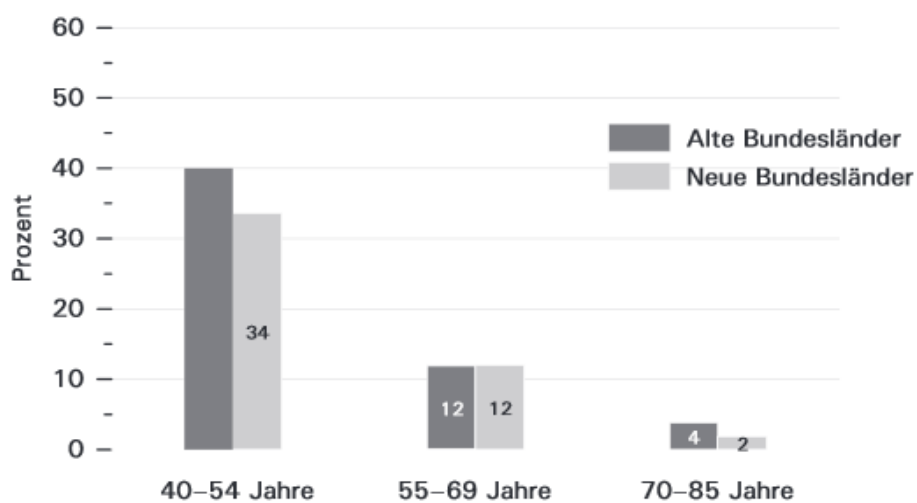
Wenn die geburtenstärksten Jahrgänge 1956 bis 1965 (die so genannten Babyboomer), die mit 13 Mio. Menschen vertreten seien, das

Renteneintrittsalter erreichten, finde eine Verschiebung des Verhältnisses Beitragszahler und Rentner statt.

Die Generation der Babyboomer sei gleichzeitig die erste Generation, die überwiegend oder vollständig vom sinkenden Rentenniveau und von der Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 betroffen sein werde.³⁹

Jedoch sei die Nutzung von staatlich geförderter Altersvorsorge in diesen Jahrgängen stark verbreitet.⁴⁰

Abb. 7: Staatlich geförderte Altersvorsorge nach Altersgruppen und Regionen



Quelle: DEAS 2008

Das Säulendiagramm stellt den Anteil (in Prozent auf der y-Achse) der Altersgruppen 40 bis 54 Jahre, 55 bis 69 Jahre und 70 bis 85 Jahre an staatlich geförderter Altersvorsorge dar. Die dunkleren Balken stehen für die alten Bundesländer und die Hellere für die neuen Bundesländer. Es ist zu erkennen, dass 40- bis 54-Jährige staatlich geförderte Altersvorsorge häufiger nutzen als die beiden anderen Altersgruppen. In den alten Bundesländern liegt der Anteil bei 40 % und in den neuen liegt er bei 34 %.

Durch die stärkere Nutzung der staatlich geförderten Altersvorsorge könne die Generation der Babyboomer möglicherweise die Lücke, die durch das

³⁹ Vgl. Vogel, S. 273, 2013.

⁴⁰ Vgl. Motel-Klingebiel, S. 72, 2010.

relativ sinkende Rentenniveau und steigender Besteuerung entstehe, kompensieren.⁴¹

Auch wenn zum jetzigen Zeitpunkt nicht festgelegt werden könne, wer von Altersarmut betroffen sein werde, gebe es bestimmte Risikogruppen.⁴²

Erwerbsarmut führe meist auch zu Altersarmut. Deshalb seien künftig vor allem diejenigen von Altersarmut betroffen, die bereits heute arm seien.⁴³

3.6 Altersarmut bei Frauen

3.6.1 Zahlen und Fakten

Barbara Riedmüller und Ulrike Schmalreck stellen in ihrer Untersuchung der „Lebens- und Erwerbsverläufe von Frauen im mittleren Lebensalter“ fest, dass über 40 % der Babyboomer-Frauen in den alten Bundesländern im Alter mit einer Rente von maximal 600 Euro rechnen. In den neuen Bundesländern würden 20 % der Frauen damit rechnen. Hiermit würden sie unter dem Grundsicherungsniveau liegen.⁴⁴

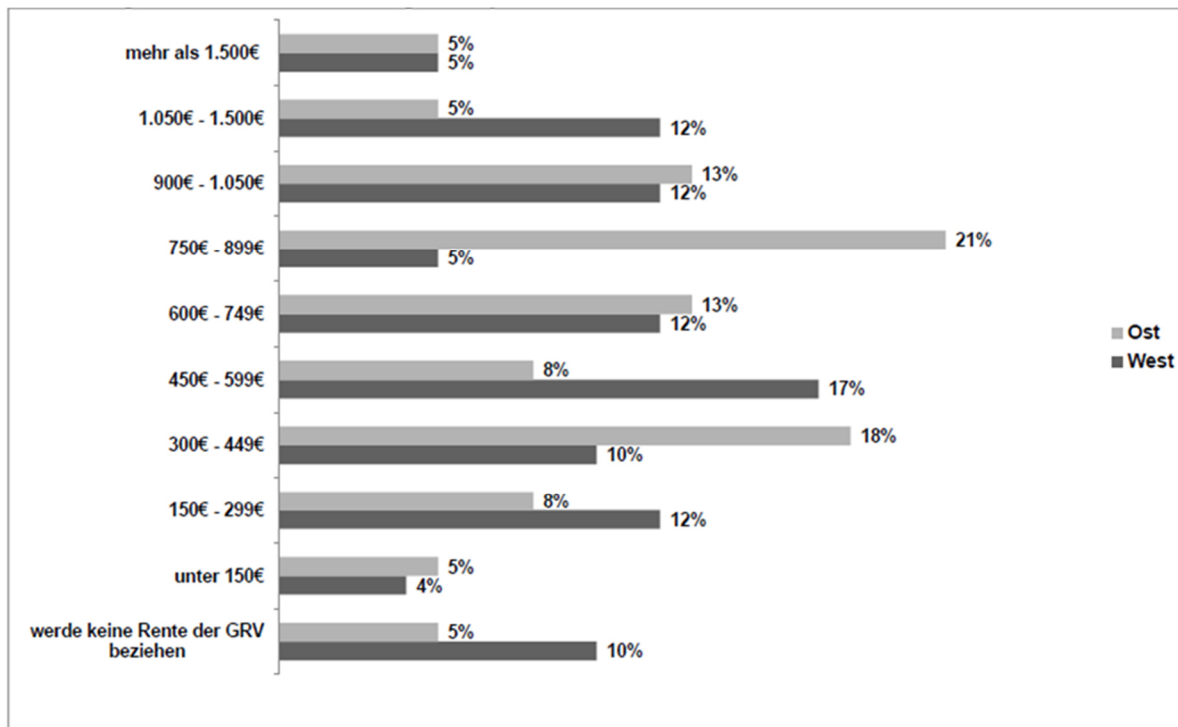
⁴¹ Vgl. Motel-Klingebiel, S. 87, 2010.

⁴² Unter 3.3 erwähnt.

⁴³ Vgl. Kerschbaumer, S.5, 2013.

⁴⁴ Vgl. Riedmüller, S. 86, 2012.

Abb. 8: Rentenzahlungsbeträge Babyboomerinnen West- und Ostdeutschland



Quelle: Riedmüller, S. 81, 2012

Das Balkendiagramm stellt die künftigen Rentenzahlungsbeträge an der y-Achse für die Babyboomerinnen dar. Es wird zwischen den neuen und den alten Bundesländern unterschieden.

Auffällig ist, dass die Frauen aus den neuen Bundesländern höhere Rentenanwartschaften aufweisen als Frauen aus den alten Bundesländern. Dies hänge mit der Beschäftigungspolitik der DDR und den guten Betreuungsmöglichkeiten zusammen.⁴⁵

Sorge- und Familienarbeit sei für viele Frauen oft immer noch eine un- oder schlechtbezahlte Selbstverständlichkeit. Dreiviertel aller verheirateten Frauen mit Minijob pur⁴⁶ seien neben ihrer Erwerbstätigkeit für alles, was mit Haushalt und Kindern zusammenhängt, alleine zuständig. Das traditionelle Rollenbild werde weiter verfestigt. Ein Beispiel hierfür sei auch das von der schwarz-gelben Regierung eingeführte Betreuungsgeld.⁴⁷

⁴⁵ Vgl. Riedmüller, S. 88, 2012.

⁴⁶ Für Näheres Kapitel 4.4.

⁴⁷ Vgl. Kerschbaumer, S.6, 2013.

Statistisch gesehen werde das tatsächliche Ausmaß der Altersarmut von Frauen jedoch nicht erkennbar, weil man in Deutschland die Bedarfe innerhalb des Haushaltseinkommens (Bedarfsgemeinschaft) ermittle und das (höhere) Alterseinkommen der Partner angerechnet werde. Verheiratete Frauen würden daher auch bei niedriger eigener Rente oft nicht als arm gelten. Der gesellschaftliche Wandel hin zu immer mehr Single-Haushalte werde aber die Bedürftigkeit im Alter verschärfen.⁴⁸

3.6.2 Spezielle Ursachen der Altersarmut bei Frauen

Das Risiko, im Alter arm zu sein, ist besonders für das weibliche Geschlecht sehr groß. Dies hängt von unterschiedlichen Faktoren ab, diese sollen an dieser Stelle dargelegt werden.

Der Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern liegt konstant bei 22 %. In den neuen Bundesländern hat der unbereinigte Gender Pay Gap sogar zugenommen.

Angaben des Statistischen Bundesamts zufolge beträgt der durchschnittliche Bruttostundenverdienst 2014 bei Frauen 15,83 Euro. Bei Männern liegt dieser bei 20,20 Euro und somit um 22 Prozentpunkte höher.⁴⁹

Die wichtigsten Gründe für den unbereinigten Gender Pay Gap liegen einerseits in den unterschiedlichen Branchen und Berufen, in denen Frauen und Männer beschäftigt sind und andererseits in den „ungleich verteilte[n] Arbeitsplatzanforderungen hinsichtlich Führung und Qualifikation.“⁵⁰ Dazu kommen weitere Faktoren wie z. B. ein niedrigeres Dienstalder und ein geringerer Beschäftigungsumfang bei Frauen.

Jedoch verdienen Arbeitnehmerinnen trotz vergleichbarer Tätigkeit und äquivalenter Qualifikation im Durchschnitt 7 % weniger als ihre männlichen Kollegen. Der bereinigte Gender Pay Gap liegt in den neuen Bundesländern bei 9 %, somit auf vergleichbarem Niveau.

⁴⁸ Vgl. Kerschbaumer, S.6, 2013.

⁴⁹ Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung vom 16. März 2015 – 99/15.

⁵⁰ Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung vom 16. März 2015 – 99/15.

Methodisches Vorgehen:

„Der Gender Pay Gap ist die Differenz des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes der Männer und Frauen im Verhältnis zum Bruttostundenverdienst der Männer.“⁵¹

Der unbereinigte Gender Pay Gap ist ein allgemeiner Vergleich des Durchschnittsverdienstes aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Der bereinigte Gender Pay Gap dagegen vergleicht den Verdienstunterschied von Frauen und Männern, die vergleichbare Qualifikationen, Tätigkeiten und Erwerbsbiografien aufweisen.

Das typische Merkmal von Frauenerwerbsbiografien seien familienbedingte Unterbrechungen. Diese würden bei Männern kaum vorkommen, während sie bei Frauen nicht selten die gesamte Erwerbsbiografie prägen würden.⁵² Erwerbsunterbrechungen mit zunehmender Dauer jedoch würden den Wiedereinstieg erschweren und zusätzlich die beruflichen Entwicklungschancen reduzieren.⁵³

Auch Christina Bylow hat das Erwerbsverhalten der Frauen der Babyboomer-Generation untersucht. Sie kritisiert die Stellung der Frau, die nach der Geburt oftmals als Dienstleisterin angesehen werde.⁵⁴ Für den Mann ändere sich nach der Geburt eines Kindes nichts, von der Mutter jedoch werde erwartet, dass sie sich für immer aus dem Erwerbsleben verabschiede. Während Männer weiterhin die Rolle des „Alleinernährers“ innehätten, nähmen Frauen höchstens die Rolle der „Zuverdienerin“ ein.⁵⁵ Verheiratete Frauen oder Frauen mit Kindern würden stets benachteiligt werden, sie seien befristeten Arbeitsverträgen und einem erschwerten Zugang auf den Arbeitsmarkt ausgesetzt.⁵⁶

⁵¹ Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung vom 16. März 2015 – 99/15, S. 2.

⁵² Vgl. Roßbach, S. 347, 2012.

⁵³ Vgl. Roßbach, S. 351, 2012.

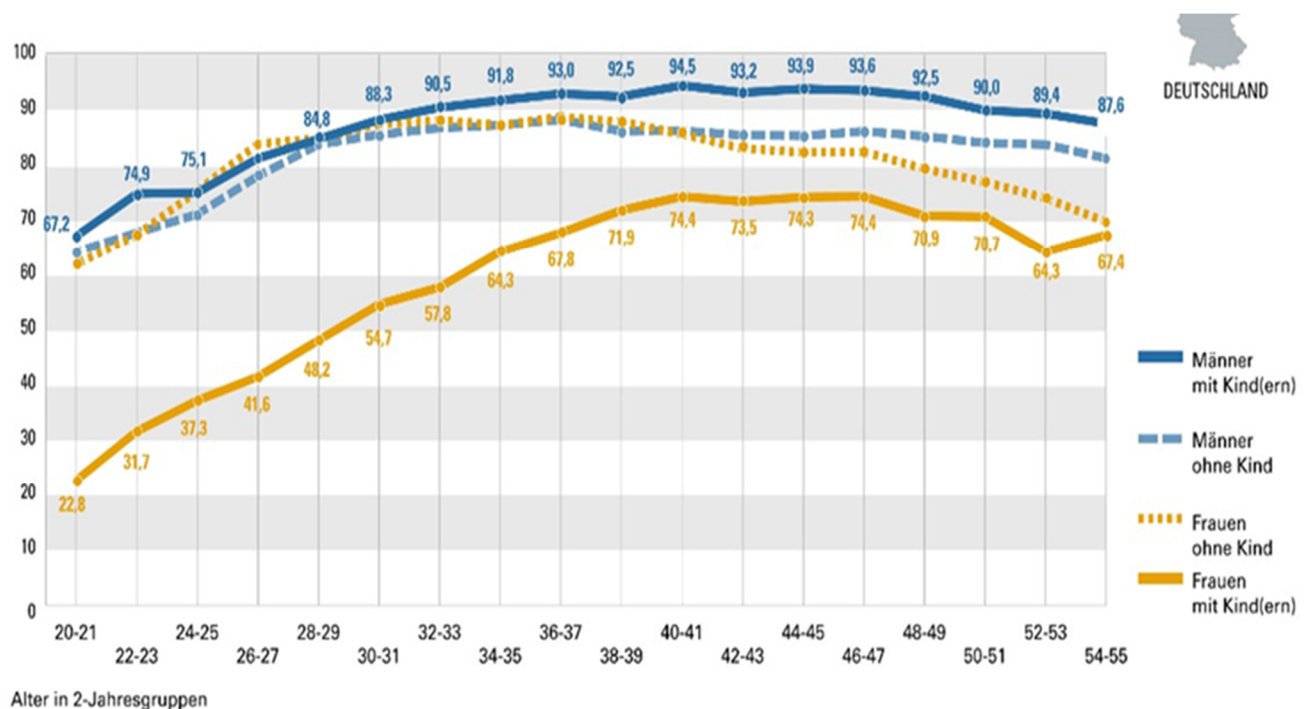
⁵⁴ Vgl. Bylow, S. 34, 2013.

⁵⁵ Vgl. Bylow, S. 52, 2013.

⁵⁶ Vgl. Bylow, S. 53, 2013.

Kindererziehung werde als eine rein weibliche Sache angesehen und Frauen vor die Wahl gestellt: „Kind oder Beruf“?⁵⁷ „Schlüsselkinder“⁵⁸ würden bemitleidet werden, noch immer herrsche die Ansicht, dass Mütter keiner Erwerbstätigkeit nachgehen können, ohne im Gegenzug ihre Kinder und Familien zu vernachlässigen.

Abb. 9: Quote der aktiv erwerbstätigen Frauen und Männer nach Alter und Elterneigenschaft in Deutschland 2008



Quelle: <http://www.boeckler.de/43331.htm>

Das vorliegende Liniendiagramm verdeutlicht die Quote der aktiv erwerbstätigen Frauen und Männer nach Alter und Elterneigenschaft in Deutschland im Jahr 2008. An der y-Achse ist die Quote zu erkennen und an der x-Achse sind die unterschiedlichen Altersgruppen dargestellt.

Auffällig ist, dass Frauen mit Kind(ern) vor allem in den jungen Jahren deutlich geringer erwerbstätig sind als die anderen Gruppen. Weiterhin auffällig ist, dass Kinder bei Männern keine Auswirkungen auf ihre Karriere haben. Männer mit Kind(ern) weisen sogar eine höhere

⁵⁷ Bylow, S. 54, 2013.

⁵⁸ Kinder, auf die daheim keine Mutter wartet, welche deshalb mittels des Haustürschlüssels die Wohnung betreten. Bylow, S. 34, 2013.

Erwerbstätigkeitsquote auf als Frauen und Männer ohne Kinder. Dies bestätigt die traditionelle Rollenverteilung in einer Ehe.

Bylow beklagt das fehlende Interesse der Politik in Bezug auf Gleichberechtigung und Integration von Müttern. Das Problem der Altersarmut bei Frauen sieht sie als „[...] [eine] Konsequenz einer Politik, die sich um die Umsetzung der Gleichberechtigung nicht scherte, sondern sie ins Private abschob.“⁵⁹

Auch Vaillant sieht erhebliche Defizite in der Alterssicherung der Frauen der Babyboomergeneration, obgleich keine Frauengeneration davor so gut ausgebildet und in hohem Maße berufstätig sei. Vier Fünftel seien erwerbstätig und über zwei Mio. dieser Frauen erwarte eine Rente von maximal 600 Euro.“⁶⁰

Die finanzielle Abhängigkeit der Frau habe sich nicht verändert, der Lebensstandard sei weiterhin von dem des Ehemannes abhängig.⁶¹

Eine atypische Beschäftigung werde oftmals als Zuverdienst von Frauen ausgeübt. Laut Mikrozensus lebten 2008 rund die Hälfte aller atypisch Beschäftigten in einem „Normalverdienerhaushalt“⁶² Meist wird eine Teilzeitbeschäftigung oder eine geringfügige Beschäftigung ausgeübt. Somit werden keine oder nur geringe eigenständige Rentenanwartschaften aufgebaut.

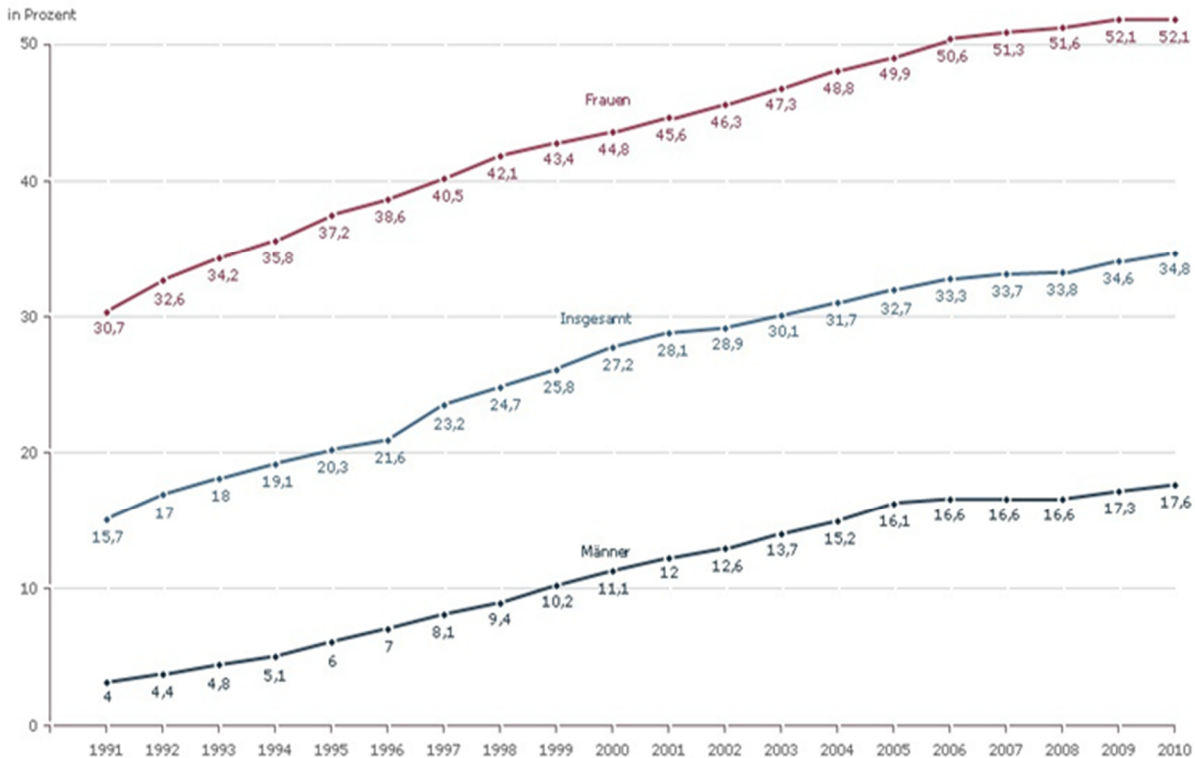
⁵⁹ Bylow, S. 48, 2013.

⁶⁰ Vgl. Bylow, S. 60, 2013.

⁶¹ Vgl. Bylow, S. 63, 2013.

⁶² Trischler, S. 37, 2014.

Abb. 10: Teilzeitbeschäftigungsquoten nach Geschlecht, 1991-2010



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2011

Dieses Liniendiagramm stellt die Teilzeitbeschäftigungsquote von 1991 bis 2010 für Frauen, Männer und die Gesamtbevölkerung aller abhängig Beschäftigten dar. An der x-Achse sind die Prozentzahlen und an der y-Achse die Jahreszahlen abzulesen. Die Teilzeitquote insgesamt ist seit 1991 um 19,1 Prozentpunkte (2010) gestiegen. Frauen jedoch weisen bei Betrachtung des Gesamtzeitraums durchschnittlich eine um 32,54 Prozentpunkte höhere Teilzeitbeschäftigungsquote auf als Männer. Auch im Bereich der geringfügigen Beschäftigung überwiegt der Frauenanteil. In Kapitel 4.4 findet eine genaue Betrachtung der Geschlechterverteilung in prekären Beschäftigungsverhältnissen statt. Um eine Überschneidung zu vermeiden, erfolgt an dieser Stelle keine Ausführung.

Durch geringe Rentenansparungen sind Frauen auch im Alter vom Einkommen des Ehemannes abhängig. Verstirbt der Partner, besteht in

der Regel Anspruch auf eine Hinterbliebenenrente. Die Absicherung vor Altersarmut erfolgt somit meist über den Ehepartner, selten baut sich die Alterssicherung auf eigenen Anwartschaften auf.

3.7 Folgen der Altersarmut

In einem Sozialstaat solle staatlich und politisch so gehandelt werden, dass die soziale Gerechtigkeit und Sicherheit bewahrt werde. Die Unterschiede der sozialen Klassen sollen minimiert, im besten Fall aufgehoben werden. Ferner solle einer ungleichen Verteilung der ökonomischen Mittel entgegengesteuert werden und ein Existenzminimum der Bevölkerung gewährleistet sein.⁶³

Da die Bundesrepublik Deutschland gem. Art. 20 Abs. 1 Grundgesetz ein Sozialstaat ist, gingen damit bestimmte Aufgaben einher. Erfülle der Sozialstaat seine Aufgaben und Pflichten nicht, könne dies zu gravierenden Auswirkungen führen.⁶⁴

Altersarmut führe bei den Betroffenen zu einem Absinken des Lebensstandards. Auch mit Anspruch auf Grundsicherung lebe der Betroffene am Existenzminimum. Von Armut Betroffene würden statistisch gesehen öfter unter Mehrfacherkrankungen leiden.⁶⁵

Ökonomisch gesehen führe Altersarmut zum Sinken der Kaufkraft und zu steigenden Sozialleistungen.⁶⁶

Aus gesellschaftlicher Sicht könne Altersarmut den gesellschaftlichen Zusammenhang schwächen und zu einem Zerfall in Arm und Reich führen. Des Weiteren könne es zu einer höheren Rate von Kriminalität, Verwahrlosung, Sittenverfall und Suizid kommen.⁶⁷

⁶³ Vgl. Butterwegge, S. 20, 2014.

⁶⁴ Vgl. Glombik, S. 66, 2012.

⁶⁵ Vgl. Butterwegge, S. 144, 2012.

⁶⁶ Vgl. Knospe, S. 253, 2011.

⁶⁷ Vgl. Butterwegge, S. 20, 2014.

3.8 Politische Handlungen zur Vermeidung von Altersarmut

Damit Versicherte nicht auf Grundsicherung angewiesen sind, gibt es vielseitige Bemühungen der gRV.

Altersarmut kann zum einen durch Ursachenbekämpfung vermieden werden und zum anderen durch Mittel des sozialen Ausgleichs.

Dies sei einerseits über eine stärkere Berücksichtigung in der zweiten und dritten Säule möglich. Bei Personen mit prekären Erwerbsverläufen sei zusätzliche Altersvorsorge kaum verbreitet, deshalb solle andererseits die erste Säule überarbeitet werden. Beitragsfreie Zeiten wie z. B. Zeiten der Arbeitslosigkeit oder Kindererziehung sollen besser abgesichert sein und Zeiten mit unzureichendem Einkommen sollen aufgebessert werden.⁶⁸

Diese Maßnahmen würden auch zur finanziellen Belastung der gRV führen. Bisher findet nur in der gRV ein sozialer Ausgleich statt. Es wird ohne eine entsprechende Beitragszahlung eine Leistung gewährt.

Dies ist z. B. bei Kindererziehungszeiten der Fall. Während der ersten drei Jahre gibt es drei EP für nach dem 31.12.1991 geborene Kinder. Für vor diesem Stichtag geborene Kinder gibt es ab dem 01.07.2014 zwei EP.⁶⁹

Des Weiteren gilt § 262 SGB VI für Beschäftigungszeiten bis 1991.⁷⁰ Wer 35 Jahre rentenrechtliche Zeiten aufweisen kann, dessen Beiträge durchschnittlich geringer als 0,75 EP sind, erhält zusätzliche EP. Der persönliche Monatsdurchschnitt wird maximal bis zu 75 % des Durchschnittsentgelts erhöht.

Auch Kinderberücksichtigungszeiten werden nach §§ 57, 70 Abs. 3a SGB VI ab 1992 höher bewertet. Es soll ein Ausgleich für Frauen stattfinden, die gleichzeitig mehrere Kinder erziehen und deshalb regelmäßig auch nicht in Teilzeit erwerbstätig sind. Auch für Frauen, die weniger als den Durchschnitt aller Rentenversicherten verdienen, soll ein Ausgleich erfolgen. So werden niedrige Pflichtbeitragszeiten während dieser Zeit aufgewertet. Sie werden um

⁶⁸ Vgl. Trischler, S.36, 2014.

⁶⁹ §§ 56, 70 Abs. 2, 249, 249a SGB VI.

⁷⁰ Rente nach Mindestentgeltpunkten.

50 % auf maximal 100 % des Durchschnittseinkommens erhöht, wenn 25 Jahre rentenrechtliche Zeiten vorhanden sind.

Um eine eigene Alterssicherung aufzubauen, müsse auch die zweite und dritte Säule der Altersvorsorge beachtet werden.⁷¹ Auch die Riester-Reform im Jahr 2001 komme vor allem Frauen zugute.

Im Zuge dieser Reform wäre die Förderung des Aufbaus von Ansprüchen in einer kapitalgedeckten zusätzlichen Altersvorsorge beschlossen worden. Der Gesetzgeber habe die Riester-Rente mit einer umfangreichen staatlichen Förderung u.a. über Grund- und Kinderzulagen versehen. Die höchsten Förderquoten würden bei Frauen bzw. Kindererziehende mit mehreren Kindern liegen. Frauen müssten jedoch aufgrund ihrer Langlebigkeit zunächst für die gleiche Monatsrente höhere Prämien zahlen als Männer. Diese Benachteiligung habe man aber seit 2006 bei Riester-Renten und ab 2012 für alle Neuverträge in der betrieblichen oder privaten Altersvorsorge durch die Verpflichtung zu Unisex-Tarifen behoben.⁷²

Es gebe in Bezug auf die Vermeidung von Altersarmut Hinweise für einen Auffassungswandel der Bundesregierung. Angesichts der zu erwartenden Ausweitung von niedrigen Versichertenrenten werde versucht, die Gefahr einer wachsenden Altersarmut und die Angewiesenheit auf Grundsicherung zu vermeiden. Altersarmut habe man zuvor als ein verbreitetes Phänomen angesehen, das durch betriebliche und private Altersvorsorge und Grundsicherung im Alter vermieden werde.⁷³

Die aktuellen Reformvorschläge werden unter Punkt 7 dargelegt.

⁷¹ Es wird auf das 3-Säulen-System der Alterssicherung in Deutschland Bezug genommen. Die erste Säule steht für die gesetzlichen Systeme, wie z. B. gRV oder Beamtenversorgung. Die zweite Säule steht für die betriebliche Altersvorsorge und die dritte für die private Altersvorsorge.

⁷² Vgl. Roßbach, S.352, 2012.

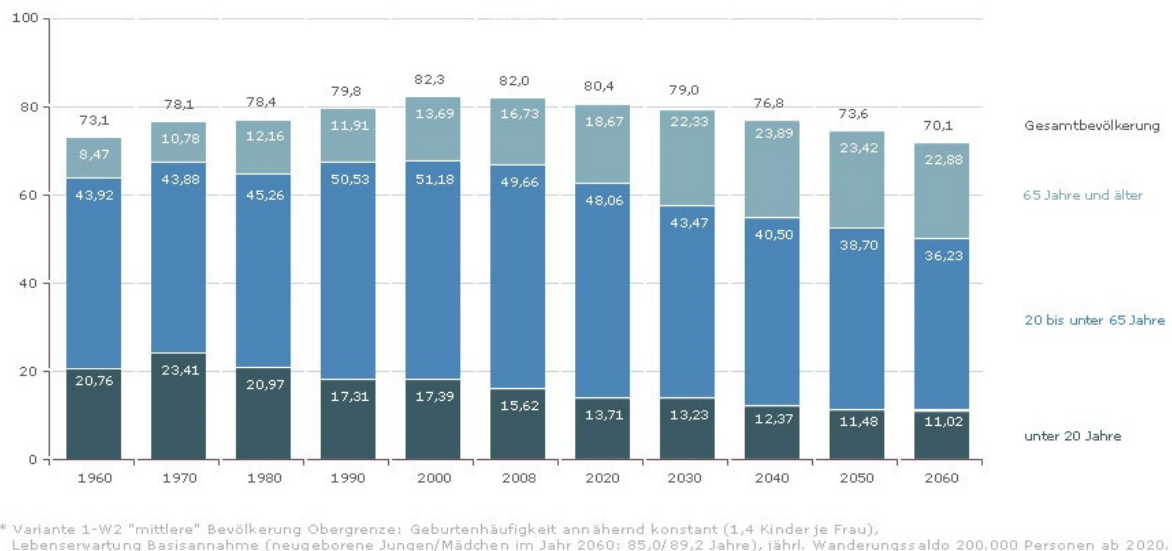
⁷³ Vgl. Vogel, S. 25, 2013.

3.9 Zukunftsaussichten

Die zunehmende Alterung der Gesellschaft wird dazu führen, dass immer weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter die Alterseinkommen einer wachsenden Zahl von Rentnern sicherstellen müssen.

Der Altersabhängigkeitsquotient betrug in Deutschland im Jahr 2010 33,8 %, dieser steigt voraussichtlich auf 52,5 % (55,5 %) im Jahr 2040 (2060).⁷⁴

Abb. 11: Entwicklung von Bevölkerung und Altersstruktur 1960-2060



Quelle: Statistisches Bundesamt 2009

Dieses additive Diagramm verdeutlicht die Anteile der Altersgruppen „unter 20 Jahre“, „20 bis unter 65 Jahre“ und „65 Jahre und älter“ an der Gesamtbevölkerung. An der y-Achse ist die Anzahl der Bevölkerung in Millionen und an der x-Achse die Jahre von 1960 bis 2060 abzulesen.

Der Vorausberechnung des statistischen Bundesamts zufolge geht die Anzahl der unter 20-Jährigen etwas zurück. 2008 betrug der Anteil 19,05 %, 2060 wird der Anteil 15,72 % betragen.

⁷⁴ Vgl. Nagl, S.67, 2014.

Währenddessen geht der Anteil der 20 bis unter 65-Jährigen deutlich zurück. 2008 betrug der Anteil an der Gesamtbevölkerung 60,56 %. 2060 wird der Anteil dieser Altersgruppe 51,68 % betragen.

Stattdessen wächst der Anteil 65-Jähriger und älterer Menschen. 2008 machte diese Altersgruppe ca. 20 % aus, 2060 wird der Anteil der Vorausberechnung zufolge ca. 33 % betragen.

Somit nimmt der Anteil der Erwerbsfähigen um ungefähr 5 bis 10 % ab, während der Anteil der Rentner um ungefähr 13 % zunimmt.

In der deutschen Rentenversicherung, die umlagefinanziert ist, führt dies zu relativ sinkenden Renten und steigenden Sozialversicherungsabgaben.⁷⁵

Die materielle Lebenssituation der zukünftigen Älteren werde sich angesichts des sinkenden Sicherungsniveaus der gRV und der sich verändernden Erwerbs- und Familienverläufe eher verschlechtern als verbessern. Wie Trischler dargelegt hat wird besonders die Diskontinuität als charakteristischer Unterschied der künftigen Ruheständler zu bisherigen Ruheständlern gesehen.⁷⁶

Durch das sinkende Rentenniveau würden Versorgungsdefizite im Alter, die durch veränderte Erwerbsverläufe eintreten, verstärkt werden.

Darauf müssten sozialpolitische Konsequenzen folgen. Die Politik solle problematische Erwerbsverläufe kompensieren, indem Elemente des sozialen Ausgleichs gestärkt werden.⁷⁷

Ohne ein Eingreifen der Politik erscheint angesichts der bereits heute vorhandenen Probleme, die sich in Vorausberechnungen spiegeln, ein Abrutschen in Altersarmut für einen Großteil der heute Erwerbstätigen als unvermeidlich. Das Charakteristische an Altersarmut ist, dass Betroffene ihre Lage nicht mehr aus eigener Kraft verbessern können, deshalb ist es

⁷⁵ Vgl. Nagl, S. 57, 2014.

⁷⁶ Vgl. Vogel, S. 273, 2013.

⁷⁷ Vgl. Kreikebohm, S. 366, 2013.

umso wichtiger, dass rechtzeitig Maßnahmen gegen die Altersarmut ergriffen werden. Ansonsten führt kein Weg an staatlichen Leistungen und damit an höheren finanziellen Belastungen, z.B. für die Rentenversicherung, vorbei.

4 Geringfügige Beschäftigung

In diesem Teil der Bachelorarbeit wird zunächst die geringfügige Beschäftigung definiert und anschließend werden Formen der geringfügigen Beschäftigung dargestellt.

Zahlen und Fakten zur geringfügigen Beschäftigung sollen aufzeigen, wie viele geringfügig Beschäftigte es gibt, wie sich die Zahlen im Laufe der Zeit verändert haben und vor allem, ob tatsächlich eine Verdrängung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen vorliegt. Außerdem wird auf die Geschlechterverteilung eingegangen.

Im Anschluss soll ein Überblick darüber geschaffen werden, in welchen Bereichen geringfügig Beschäftigte tätig sind, welcher Nationalität sie angehören und welche Arten von Tätigkeiten ausgeübt werden.

4.1 Definition

Die Definition für die geringfügigen Beschäftigungen ist in den §§ 8, 8a SGB IV geregelt.

Eine geringfügige Beschäftigung liegt dann vor, wenn das Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung regelmäßig im Monat 450 Euro nicht übersteigt oder die Beschäftigung innerhalb eines Kalenderjahres auf längstens drei Monate oder 70 Arbeitstage nach ihrer Eigenart begrenzt zu sein pflegt oder im Voraus vertraglich begrenzt ist, es sei denn, dass die Beschäftigung berufsmäßig ausgeübt wird und ihr Entgelt 450 Euro im Monat übersteigt.

§ 8a SGB IV wird für Beschäftigungen im Privathaushalt herangezogen. Es gelten die Regelungen des § 8 SGB IV, sofern es sich um Beschäftigungen handelt, die ausschließlich in Privathaushalten ausgeübt werden.

Eine Beschäftigung im Privathaushalt liegt gem. § 8a Satz 2 SGB IV vor, wenn diese durch einen Privathaushalt begründet ist und die Tätigkeit sonst gewöhnlich durch Mitglieder des privaten Haushalts erledigt wird.

4.2 Formen der geringfügigen Beschäftigung

Es gibt zwei Formen der geringfügigen Beschäftigung, die geringfügig entlohnte Beschäftigung nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 SGB IV und die kurzfristige Beschäftigung nach § 8 Abs. 1 Nr.2 SGB IV i.V.m. § 115 SGB IV.

Bei der geringfügig entlohten Beschäftigung gibt es eine Entgeltbegrenzung, die 450 Euro monatlich beträgt. Wird diese Entgeltgrenze mehr als zweimal im Jahr überschritten, tritt für den geringfügig entlohten Arbeitnehmer die Versicherungspflicht in der Rentenversicherung ein. Dies gilt für zeitlich unbefristete Arbeitsverträge.

Eine Beschäftigung die von vornherein auf drei Monate oder 70 Arbeitstage nach ihrer Eigenart begrenzt zu sein pflegt oder im Voraus vertraglich begrenzt ist, gilt als kurzfristige Beschäftigung. Diese Art der geringfügigen Beschäftigung ist in allen Versicherungszweigen (Renten-, Arbeitslosen-, Kranken-, Pflegeversicherung) versicherungsfrei, es sei denn, dass die Beschäftigung berufsmäßig ausgeübt wird und das daraus gezahlte Entgelt 450 Euro im Monat übersteigt.

Eine Beschäftigung wird dann berufsmäßig ausgeübt, wenn sie für die in Betracht kommende Person nicht von untergeordneter wirtschaftlicher Bedeutung ist.

Demzufolge liegt ein zeitlich befristeter Arbeitsvertrag vor und die Versicherungspflicht tritt nur dann ein, wenn die Beschäftigung berufsmäßig ausgeübt wird und die Entgeltgrenze von 450 Euro überschritten wird.

Die geringfügig entlohnte Beschäftigung und die kurzfristige Beschäftigung schließen sich jedoch nicht aus: eine Beschäftigung kann sowohl die Kriterien nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 SGB IV als auch nach § 8 Abs. 1 Nr.2 SGB IV erfüllen. Der Arbeitgeber entscheidet darüber, ob er einen Vertrag über eine geringfügig entlohnte Beschäftigung oder eine kurzfristige Beschäftigung schließt.

Ein Arbeitnehmer kann mit einem Arbeitgeber sozialversicherungsrechtlich gesehen nur ein Arbeitsverhältnis haben. Es ist also nicht möglich eine versicherungspflichtige Haupt- und eine versicherungsfreie Nebenbeschäftigung bei demselben Arbeitgeber zu haben. Hier wird nur die Arbeitgeberidentität überprüft. Sofern es sich um denselben Arbeitgeber handelt, wird von einem einheitlichen Beschäftigungsverhältnis ausgegangen. In diesem Fall werden die Beiträge zur Sozialversicherung aus beiden Beschäftigungen berechnet. In manchen Fällen kann es jedoch Ausnahmen geben, wenn die Haupt- und Nebenbeschäftigung sich grundlegend voneinander unterscheiden. Putz ein Sachbearbeiter nach der Arbeit noch das Büro, kann diese Beschäftigung eine versicherungsfreie geringfügige Beschäftigung sein.

Geringfügig Beschäftigte unterliegen grundsätzlich der Sozialversicherungspflicht. Gem. §6 Abs. 1b SGB VI kann jedoch die Befreiung aus der Versicherungspflicht beantragt werden.⁷⁸ Folglich muss der Arbeitnehmer keine Beiträge zur Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung abführen, dies führt dazu, dass aus einer geringfügigen versicherungsfreien Beschäftigung keine Leistungsansprüche in den genannten Versicherungszweigen entstehen.⁷⁹ Es tritt nur in der gesetzlichen Unfallversicherung die Versicherungspflicht ein, wobei die Beitragslast gem. §§ 150ff SGB VII grundsätzlich der Arbeitgeber alleine trägt.

Zusätzlich muss der Arbeitgeber unter bestimmten Umständen Pauschalbeiträge in der Kranken- und Rentenversicherung für geringfügig beschäftigte Arbeitnehmer aufwenden.

Es ist ein Pauschalbeitrag für die Krankenversicherung des Arbeitnehmers i.H.v. 13 % des Arbeitsentgelts gem. § 249b Satz 1 SGB V (für geringfügig

⁷⁸ Siehe 6.2.1.2 Befreiung von der Versicherungspflicht.

⁷⁹ Vgl. § 27 Abs. 2 Satz 1 1. Halbsatz SGB III für die Arbeitslosenversicherung; § 7 SGB V für die Krankenversicherung, § 5 Abs. 2 Satz 1 SGB VI für die Rentenversicherung und § 20 Abs. 1 Satz 1 SGB XI für die Pflegeversicherung (Versicherungspflicht in der Pflegeversicherung ist an die Versicherungspflicht in der Krankenversicherung gekoppelt).

Beschäftigte im Privathaushalt 5 % gem. § 249b Satz 2 SGB V zu entrichten, wenn der Beschäftigte unabhängig von der geringfügigen Beschäftigung aus anderen Gründen gesetzlich krankenversichert ist.

Die Beitragspflicht zur Krankenversicherung entfällt, sofern der geringfügig beschäftigte Arbeitnehmer privat oder gar nicht krankenversichert ist.

Zur Rentenversicherung ist ein Pauschalbeitrag i.H.v. 15 % des Arbeitsentgelts gem. §172 Abs. 3 S.1 SGB VI (für geringfügig Beschäftigte im Privathaushalt 5 % gem. §172 Abs. 3a SGB VI) zu entrichten.

Die Pauschalbeiträge fallen bei kurzfristigen Beschäftigungen nicht an.

4.3 Zahlen und Fakten

Die Minijob-Zentrale veröffentlicht auf Basis der Betriebsdatei der Bundesagentur für Arbeit quartalsweise aktuelle Daten zu Entwicklungen der geringfügigen Beschäftigungen.

Die Gesamtzahl der geringfügig Beschäftigten liege am 31.12.2014 bei 7,14 Mio. und habe damit seit Dezember 2004 um 2,8 Prozentpunkte zugenommen. Der Anstieg sei fast ausschließlich auf den Zuwachs bei den geringfügig Beschäftigten im Privathaushalt zurückzuführen.⁸⁰

Parallel dazu habe die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 26,38 Mio. im Dezember 2004 auf 30,47 Mio. im Dezember 2014 um 15,5 Prozentpunkte zugenommen. Damit lasse sich die Behauptung, dass in den vergangenen Jahren geringfügige Beschäftigungen stark zugenommen hätten, widerlegen.⁸¹

Die Zahl der geringfügig Beschäftigten habe sich seit der Erhöhung der Verdienstgrenze von monatlich 400 auf 450 Euro nicht verändert.

Von den seit dem 01.01.2013 geringfügig Beschäftigten wären zum 31.12.2014 19,9 % rentenversicherungspflichtig beschäftigt.

Insgesamt sei ein kontinuierlicher Anstieg der versicherungspflichtigen geringfügig Beschäftigten zu verzeichnen. Am 31.12.2014 seien 16,8 %

⁸⁰ Aktuelle Entwicklungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung IV. Quartal, S. 5.

⁸¹ Aktuelle Entwicklungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung IV. Quartal, S. 9.

der geringfügigen Beschäftigten im gewerblichen Bereich rentenversicherungspflichtig gewesen. Dies entspreche im Vergleich zum Vorquartal einem Zuwachs von 3,4 %.⁸²

Auch die Zahl der angemeldeten Minijobber im Privathaushalt sei im Vergleich zu 2013 um 7,4 % gestiegen und liege jetzt bei rund 285.000. 14,3 % dieser Beschäftigten würden eigene Beiträge zur Rentenversicherung zahlen.⁸³

Dass geringfügige Beschäftigungen weiblich seien, lasse sich nicht verleugnen. Im gewerblichen Bereich liege ihre Zahl bei 60,8 % und in Privathaushalten bei 91,1 %.⁸⁴ Unter 4.4 wird genauer auf geringfügig beschäftigte Frauen eingegangen.

Die meisten gewerblichen Minijobber seien im Handel, im Dienstleistungsbereich, im Gastgewerbe sowie bei der Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen beschäftigt.⁸⁵

4.4 Anteil geringfügig beschäftigter Arbeitnehmer

Geringfügige Beschäftigungen wurden ursprünglich als arbeitsmarktpolitisches Instrument für besondere Zwecke und Zielgruppen geschaffen. 2003 wurden sie im Zuge des „Zweite[n] Gesetz[es] für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ weiterentwickelt.

Sie sollten für (Langzeit-)Arbeitslose und Frauen, die nach einer familienbedingten Unterbrechung zurück ins Erwerbsleben wollen, eine Brücke in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis sein.

Für bereits abgesicherte Erwerbstätige sollte der Hinzuverdienst unbürokratisch sein, zusätzlich sollte der Nebenverdienst von Auszubildenden, Studierenden oder Rentnern mit wenig Aufwand

⁸² Aktuelle Entwicklungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung IV. Quartal, S. 7.

⁸³ Aktuelle Entwicklungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung IV. Quartal, S. 5.

⁸⁴ Aktuelle Entwicklungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung IV. Quartal, S. 11.

⁸⁵ Aktuelle Entwicklungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung IV. Quartal, S. 12.

verbunden sein. Somit sollten staatliche Leistungen einfacher durch eigenes Einkommen aufgestockt werden. Dies galt auch für Bezieher von SGB-II-Leistungen.

Des Weiteren wurden (und werden) geringfügige Beschäftigungen als ein geeignetes Instrument zur Bekämpfung von Schwarzarbeit angesehen: durch sozialversicherungs- und steuerrechtliche Begünstigungen sollten geringfügige Beschäftigungen die Attraktivität von Schwarzarbeit verringern.

Die Studie „Frauen im Minijob“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, welche im August/ September 2011 von Prof. Carsten Wippermann vom DELTA-Institut durchgeführt wurde, liefert neben Zahlen reichlich Informationen und Antworten auf Fragen wie: Wer ist geringfügig beschäftigt und aus welchem Grund? In welchem Bereich sind geringfügig Beschäftigte aktiv und existiert die so genannte „Brückenfunktion“?⁸⁶

Es wurden insgesamt 9608 Frauen im Alter zwischen 18 und 64 Jahren mithilfe eines standardisierten Fragebogens befragt. 1016 davon waren während dem Erhebungszeitraum geringfügig beschäftigt und 1045 standen früher (ab 1999) solch einem Arbeitsverhältnis. Die restlichen 7547 Frauen wurden bevölkerungsrepräsentativ befragt, um den Anteil der geringfügig beschäftigten Frauen an der weiblichen Erwerbsbevölkerung zu erheben.

Es gebe zwei Hauptgruppen von Frauen im Minijob. Von allen Frauen im Erwerbsalter zwischen 18 und 64 Jahren seien 10,6 % geringfügig beschäftigt. Davon seien 61 % ausschließlich geringfügig beschäftigt („Minijob pur“). 39 % würden einen „Minijob-on -top“ haben. Davon gebe es drei Formen: 16 % der Frauen seien in einer beruflichen Ausbildung, meistens sei es ein Studium, 20 % gingen parallel zur geringfügigen Beschäftigung einer sozialversicherungspflichtigen Haupttätigkeit nach

⁸⁶ aktuelle Studie: „Frauen im Minijob“, Einführung S. 1ff.

und 3 % seien bereits in Rente. Allerdings müsse beachtet werden, dass die Untersuchung sich auf das Altersspektrum 18 bis 64 Jahre beschränke und dadurch nur „junge Rentnerinnen“ erfasst würden.

Unter den ehemals geringfügig beschäftigten Frauen habe der Anteil der Frauen mit Minijob pur 54 % betragen. Der Zuwachs auf 61 % sei ein erster Hinweis auf einen Klebeeffekte im Minijob pur.

Zur Branchenstruktur lasse sich feststellen, dass die meisten Frauen (23,7 %) im Minijob pur im Handel sowie im Gesundheits- und Sozialwesen (16,6 %) beschäftigt seien. Weitere wichtige Branchen seien das verarbeitende Gewerbe (8,7 %) und Gastgewerbe (7,2 %). Insgesamt seien 56 % der Frauen im Minijob pur in diesen Branchen angesiedelt.

Bezüglich der beruflichen Qualifikation müsse beachtet werden, dass lediglich 14 % der Frauen im Minijob pur keinen Berufsabschluss hätten. 74 % hätten eine Lehre im dualen System absolviert, 6 % hätten einen Fachschulabschluss und weitere 6 % hätten ein Studium absolviert.

Frauen im Minijob pur seien in allen Altersgruppen vertreten. Insgesamt seien 74 % der Frauen jünger als 50 Jahre. Somit blieben den meisten Frauen mindestens 15 – 25 Jahre zum gesetzlichen Renteneintrittsalter.

84 % der Frauen im Minijob pur seien verheiratet, nur 10 % seien ledig. Dies bestätige, dass die steuer- und sozialversicherungsrechtliche Sonderstellung der geringfügigen Beschäftigung eine besondere Anreizfunktion auf Frauen habe.⁸⁷

Zentrale Ergebnisse der Studie seien zum einen, dass geringfügige Beschäftigungen eine schnell einsetzende und hohe Klebewirkung hätten und zum anderen, dass die Brückenfunktion der geringfügigen Beschäftigungen nicht existiere.

Die Mehrheit der Frauen seien mehrere Jahre geringfügig beschäftigt und die geringfügige Beschäftigung entwickle sich zu einer Dauererwerbsform.

⁸⁷ Vgl. aktuelle Studie: „Frauen im Minijob“, zentrale Ergebnisse, S. 6ff.

Mehr als die Hälfte der Frauen lande im Anschluss an die geringfügige Beschäftigung als auch später nicht in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung.

Dabei hätten 49 % der Frauen mit der Hoffnung auf die Brückenfunktion einen Minijob angenommen.

Einstiegsgründe seien Flexibilität und die geringe Arbeitszeit pro Woche. Die Befreiung von Sozialabgaben sei ein nachgeordnetes Einstiegsmotiv. Frauen im Minijob pur seien sich der Nachteile bewusst. Mehr als dreiviertel der Frauen wüssten, dass eine geringfügige Beschäftigung sich nachteilig auf die Alterssicherung auswirke und mehr als zweidrittel der Frauen würden die Abhängigkeit der Familienexistenz vom Einkommen des Partners kritisieren.

Im Gegensatz zu den Frauen im Minijob pur hätten Frauen mit Minijob-on-top keine negativen Nachfolgen für den Lebens- oder Berufsverlauf.

79 % der Frauen die während dem Studium eine geringfügige Beschäftigung ausübten seien anschließend entweder in einer existenzsichernden Beschäftigung oder weiterhin im Ausbildungssystem. Es seien keine Klebeeffekte nachzuweisen. Insofern seien geringfügige Beschäftigungen zur Finanzierung der Ausbildung unschädlich.

Auch für Frauen, die zusätzlich zur Hauptbeschäftigung eine versicherungsfreie Nebenbeschäftigung ausübten, ergeben sich keine Nachteile. Der Großteil bleibe anschließend in Vollzeit beschäftigt, jedoch liege auch hier ein Klebeeffekt vor. Es entstehe eine parallele Dauererwerbstätigkeit. 32 % seien mehr als neun Jahre zusätzlich geringfügig beschäftigt und 53 % mehr als fünf Jahre.

Der hier vorhandene Klebeeffekt habe aber geringere negative Auswirkungen auf das Erwerbsleben und die Alterssicherung der Frauen, da eine sozialversicherungspflichtige Hauptbeschäftigung vorhanden sei.

54 % der Frauen, die während dem Bezug einer Rente einer geringfügigen Beschäftigung nachgingen, lebten alleine. Der Minijob würde einer existenziellen Finanzierung dienen.

Ein weiteres wichtiges Ergebnis der Studie stellt die Untersuchung der Gewährung und Beanspruchung arbeits- und sozialrechtlicher Leistungen dar. 77 % der Frauen im Minijob pur erhielten kein Urlaubsgeld und 47 % erhielten im Krankheitsfall keine Lohnfortzahlung. Weitere 11 % seien sich dessen nicht sicher.

84 % der Frauen mit Studium und Minijob erhielten kein Urlaubsgeld und weitere 76 % erhielten keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Obgleich geringfügig Beschäftigten dieselben arbeits- und sozialrechtlich bestimmten Leistungen zustehen wie in Normalarbeitsverhältnissen Beschäftigten, wären die gesetzlichen Regelungen vielen Frauen nicht bekannt oder würden in der Praxis nicht eingefordert werden.⁸⁸

Die Studie bestätigt den Klebeeffekt der geringfügigen Beschäftigungen und widerlegt die erhoffte Brückenfunktion.

Wichtig ist jedoch, zwischen Frauen im Minijob pur und Frauen mit Minijob-on-top zu unterscheiden.

Während geringfügige Beschäftigungen für Frauen mit Minijob-on-top eine gute Finanzierungsmöglichkeit des Lebensunterhalts ermöglichen, stellen sie für Frauen im Minijob pur eine langjährige Beschäftigung ohne Aufstiegschancen dar. Obgleich der Wunsch eine Vollzeitbeschäftigung auszuführen vorhanden ist, bleiben diese Frauen jahrelang geringfügig beschäftigt.

⁸⁸ Vgl. aktuelle Studie: "Frauen im Minijob", zentrale Ergebnisse, S. 20ff.

5 Das „Gesetz zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung“

5.1 Gesetzgebungsprozess

In diesem Kapitel soll dargestellt werden, wie der Gesetzgebungsprozess zum „Gesetz zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung“ verlaufen ist.

Zunächst wird auf die Problemdefinition eingegangen und hinterfragt, welche Ziele erreicht beziehungsweise welche Probleme mit dieser Gesetzesänderung gelöst werden sollten.

Anschließend wird der Gesetzesentwurf betrachtet. Daraufhin folgen die Standpunkte der Akteure, die an diesem Gesetzgebungsverfahren beteiligt waren und möglicherweise Einfluss ausgeübt haben. Im Anschluss werden die einzelnen Beschlussempfehlungen und Sitzungen des Deutschen Bundestags behandelt.

Schließlich werden die Veränderungen und die Gesetzesverabschiedung dargelegt.

5.1.1 Problemdefinition

Das „Gesetz zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung“ wurde auf Initiative der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen.

Bereits bei Abschluss des Koalitionsvertrags vom 26.10.2009 hatten sich die genannten Fraktionen darauf geeinigt, die Erhöhung und die Dynamisierung der Entgeltgrenze von 400 Euro bei geringfügigen Beschäftigungen zu überprüfen.⁸⁹ Die Entgeltgrenze für geringfügige Beschäftigungen und auch für Beschäftigungen, die in der Gleitzone liegen, hat sich seit ihrer Einführung zum 01.04.2003 nicht verändert.

⁸⁹ Koalitionsvertrag zwischen CDU,CSU und FDP, 22/132.

Ziel war einerseits, die „Verdienstgrenzen für geringfügige Beschäftigung und Beschäftigung in der Gleitzone in Anlehnung an die allgemeine Lohnentwicklung [anzupassen] [...]“.⁹⁰

Andererseits „soll die soziale Absicherung geringfügig Beschäftigter erhöht werden, indem die Versicherungspflicht geringfügig Beschäftigter in der gRV“⁹¹ eingeführt wird. Es soll jedoch die Möglichkeit bestehen, sich auf Antrag von der Versicherungspflicht zu befreien.

Durch die Gesetzesänderung soll ein Wechsel von Opt-in zu Opt-out stattfinden. Bisher konnten geringfügig Beschäftigte auf Antrag die volle Versicherungspflicht wählen (Opt-in), mit Inkrafttreten des Gesetzes zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung soll die Möglichkeit einer Befreiung von der vollen Versicherungspflicht für geringfügig Beschäftigte eingeführt werden (Opt-out).

5.1.2 Gesetzentwurf

Um die definierten Ziele zu erreichen, wurde im Gesetzentwurf, welcher am 25.09.2012 veröffentlicht wurde, die Arbeitsentgeltgrenze bei geringfügiger Beschäftigung von 400 Euro auf 450 Euro angehoben. Dementsprechend „wird die Grenze für das monatliche Gleitzoneentgelt von 800 Euro auf 850 Euro angepasst.“

Wie unter 6.1.1 bereits aufgeführt wird die Versicherungspflicht in der gRV eingeführt, mit der Option sich von der vollen Versicherungspflicht befreien zu lassen.

Es gelten Bestandsschutz- und Übergangsregelungen für geringfügige Beschäftigungen, die vor dem 31.12.2012 aufgenommen wurden.⁹²

Der komplette Gesetzesentwurf kann im Anhang eingesehen werden.

⁹⁰ Gesetzentwurf, S. 1.

⁹¹ Gesetzentwurf, S. 1.

⁹² Vgl. Gesetzentwurf, S. 1.

5.1.3 Standpunkt der Akteure

Politische Prozesse, wie z. B. Gesetzesänderungen, werden selten von der Bundesregierung alleine gelenkt. Oft nehmen unterschiedliche Akteure Einfluss auf den Prozess. Im vorliegenden Gesetzgebungsprozess sind neben der Bundesregierung (CDU/CSU und FDP) unter anderem die Opposition (SPD, Die LINKE und Bündnis 90/Grüne), der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Sozialverband VdK Deutschland und die deutsche Rentenversicherung involviert.

Im weiteren Verlauf sollen die Standpunkte der genannten Akteure dargestellt werden.

5.1.3.1 Parteien

CDU/ CSU/ FDP

Der Standpunkt der CDU, CSU und FDP ist aus der der Gesetzesänderung beigefügten Begründung zum Gesetzesentwurf zu entnehmen.⁹³ Die Parteien vertreten die Ansicht, dass die Entgeltgrenze für geringfügige Beschäftigten der allgemeinen Lohnentwicklung angepasst werden muss.

Während das Durchschnittsentgelt der gRV seit 2003 von 2380 Euro auf 2625 Euro⁹⁴ im Jahr 2012 gestiegen sei, habe sich seit 2003 die Entgeltgrenze für geringfügig Beschäftigte und die Gleitzone nicht verändert.

Die Befürchtung, dass durch geringfügige Beschäftigungen die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen zurückgedrängt werden, besteht gemäß dem Standpunkt dieser Parteien nicht: der deutsche Arbeitsmarkt sei durchaus positiv. Mit über 28 Mio. sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten sei ein Höchststand erreicht. Ferner liege die Anzahl der geringfügig Beschäftigten seit 2004 mit ca. sieben Mio. auf „annähernd gleichem Niveau“. ⁹⁵

⁹³ Vgl. Gesetzesentwurf, S. 9.

⁹⁴ Es handelt sich bei beiden Werten um das Durchschnittsentgelt West.

⁹⁵ Gesetzesentwurf, S. 9.

Die CDU/CSU und FDP sind der Meinung, dass durch die eingeführte Versicherungspflicht das Bewusstsein für die Alterssicherung geweckt werde. Um von der Möglichkeit, sich von der Versicherungspflicht befreien zu lassen Gebrauch zu machen, müssten geringfügig Beschäftigte sich zunächst informieren. So werde eine Sensibilität für die Altersvorsorge eintreten.⁹⁶

SPD/ LINKE/ Grüne

SPD, Die LINKE und Bündnis 90/Grüne lehnten den Gesetzesentwurf der CDU/CSU und FDP ab. Die Gründe dafür sind beinahe identisch. Alle drei Parteien verneinen die Brückenfunktion der geringfügigen Beschäftigungen und sehen in dem Gesetzesentwurf eine Verschlechterung der Arbeitsmarktpolitik.⁹⁷

Zum einen werde der einzelne Beschäftigte durch die neue Entgeltgrenze nicht mehr verdienen, lediglich der Anteil von geringfügigen Beschäftigungen würde erweitert werden⁹⁸, dies wiederum führe zu einer Verdrängung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen.

Zum anderen sei der Gesetzesentwurf für die Gleichstellung von Frauen und für deren Alterssicherung kontraproduktiv.

Geringfügige Beschäftigungen seien überwiegend im Niedriglohnbereich tätig, dadurch steige die Gefahr der Altersarmut.⁹⁹

Die Zahl der geringfügig Beschäftigten sei von 5,5 Mio. im Juni 2003 auf 7,4 Mio. im Dezember 2010 gestiegen. 4,9 Mio. davon seien ausschließlich geringfügig beschäftigt. Für die Parteien stellt dies eine dramatische Entwicklung dar, vor allem in Bezug auf die erwähnten niedrigen Löhne und die soziale Absicherung.¹⁰⁰

Besonders Bündnis 90/Grüne beklagen die fehlende Umsetzung der Arbeitnehmerrechte im Bereich der geringfügigen Beschäftigungen:

⁹⁶ Vgl. Gesetzesentwurf, S. 9.

⁹⁷ Vgl. BT-Drucksache 17/11174, S. 8f.

⁹⁸ Vgl. BT-Drucksache 17/11174, S. 8.

⁹⁹ Vgl. BT-Drucksache 17/11174, S. 9.

¹⁰⁰ Vgl. BT-Drucksache 17/11174, S. 5.

niedrige Löhne, keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, kein Urlaubs- oder Weihnachtsgeld und unbezahlter Urlaub seien die Regel.

Sie sehen vor allem die Frauen als unzureichend abgesichert – im Alter, aber auch während der Erwerbstätigkeit.¹⁰¹

In Anbetracht der Tatsache, dass selbst CDU/CSU und FDP annähmen, dass 90 % der geringfügig Beschäftigten die Möglichkeit, sich von der Versicherungspflicht zu befreien, in Anspruch nehmen würden, sei die Gesetzesänderung aus Sicht von SPD, Linke und Bündnis 90/Grüne als wirkungslos anzusehen.¹⁰²

5.1.3.2 Gewerkschaften

Am 15.12.2012 veröffentlichte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) eine „Stellungnahme [...] zum Gesetzesentwurf der Fraktionen von CDU/CSU und der FDP [...]“.¹⁰³

Zu Beginn der Stellungnahme kritisiert der DGB die „schweren Nebenwirkungen“ der Minijob-Regelung auf die Qualität der Beschäftigung einerseits und auf die soziale Sicherung und das Lohnniveau andererseits. Die geringfügige Beschäftigung führe dazu, dass das „Arbeitskräftepotenzial unterausgeschöpft“ bleibe, erworbene Qualifikationen am Arbeitsplatz verloren gingen und keine soziale Sicherheit aufgebaut würde.¹⁰⁴

Vor allem für weibliche geringfügig Beschäftigte sieht der DGB eine große Gefahr. Frauen werde die Rolle der Zuverdienerin in einem Einverdienerhaushalt zugeteilt. Versicherungsfreie Beschäftigungen stünden einer eigenständigen Existenzsicherung im Weg, da niedrige Stundenlöhne mit kurzen Arbeitszeiten kombiniert würden. Im Hinblick auf die Altersarmut stellt der DGB fest, dass Frauen und Männer „in Zeiten zunehmend prekärer Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse“, Absenkung des Rentenniveaus und unstetiger Erwerbsverläufe noch

¹⁰¹ Vgl. BT-Drucksache 17/11174, S. 9.

¹⁰² Vgl. BT-Drucksache 17/11174, S. 9.

¹⁰³ Stellungnahme des DGB.

¹⁰⁴ Vgl. Stellungnahme des DGB, S. 2ff.

stärker auf eine eigenständige Existenzsicherung angewiesen seien und die Anhebung der Entgeltgrenze den geringfügig Beschäftigten nicht helfe.¹⁰⁵

Der Ansicht des DGB zufolge verstärkt die Gesetzesänderung die negativen Wirkungen der geringfügigen Beschäftigung:

Der DGB befürchtet, dass mehr Arbeitsplätze in geringfügige Beschäftigungen umgewandelt würden und die soziale Sicherheit der geringfügig Beschäftigten weiter geschwächt werde, indem die Entgeltgrenze auf 450 Euro angehoben werde. Die Gefahr, dass mehr Menschen auf „ungesicherte, niedrig bezahlte Tätigkeiten verwiesen“ würden, sei zu groß.

Die Anhebung der Geringfügigkeitsgrenze wird nicht als eine Anpassung der Arbeitsverdienste, sondern als eine Ausweitung der Verdiensthöchstgrenze angesehen.¹⁰⁶

Die Einführung der Versicherungspflicht bringe nach Ansicht des DGB nicht den gewünschten Effekt, da selbst die Bundesregierung damit rechne, dass der Großteil geringfügig Beschäftigter von der Möglichkeit der Befreiung Gebrauch machen werde.¹⁰⁷

Alternativ schlägt der DGB vor, alle Beschäftigungen unabhängig vom Verdienst in versicherungspflichtige Beschäftigungen umzuwandeln, ohne die Möglichkeit sich von der Versicherungspflicht zu befreien. Die Sozialversicherungsbeiträge sollen für den Arbeitnehmer in einer Zone von 0 Euro bis 800 Euro gleitend anwachsen und im Gegenzug für den Arbeitgeber entsprechend abnehmen, um die Anreize, die Arbeitszeit aufzustocken, zu erhöhen.¹⁰⁸

¹⁰⁵ Vgl. Stellungnahme des DGB, S. 8.

¹⁰⁶ Vgl. Stellungnahme des DGB, S. 3.

¹⁰⁷ Vgl. Stellungnahme des DGB, S. 4.

¹⁰⁸ Vgl. Stellungnahme des DGB, S. 9.

5.1.3.3 VdK

Zum „Gesetz zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung“ sei seitens des Sozialverbandes VdK keine dezidierte Äußerung erfolgt.

Der VdK stehe jedoch der starken Ausdehnung von prekären Beschäftigungsverhältnissen kritisch gegenüber und dränge zur Eindämmung. Minijobs z. B. vereinfachten den Einstieg in den Beruf. Auf Dauer aber seien sie eine Sackgasse für Frauen. Es würden kaum Rentenanwartschaften aufgebaut werden und Frauen seien im Alter größtenteils auf die Rente oder Hinterbliebenenrente des Ehemannes angewiesen.¹⁰⁹

Des Weiteren stehe aus Sicht des Bundesverbandes außer Frage, dass in einem Lohn- und beitragsbezogenen Rentenversicherungssystem mit Verdiensten im Bereich der geringfügigen Beschäftigung keine angemessenen Rentenansprüche erwerben werden können.

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse müssten bekämpft werden. Auch der Missbrauch von geringfügiger Beschäftigung müsse verhindert werden.

5.1.3.4 DRV

Die Deutsche Rentenversicherung Bund sieht in jeder Beschäftigung ohne einen entsprechenden Erwerb von Anwartschaften eine Gefahr der Ausweitung der möglichen Altersarmut. Die Option, sich von der Versicherungspflicht zu befreien, solle nur für Personengruppen, die in Bezug auf Alters- und Invaliditätssicherung keine Schutzbedürftigkeit aufweisen, zugänglich sein.¹¹⁰

Für die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See, welche als Minijob-Zentrale fungiert, seien geringfügige Beschäftigungen ein Bestandteil des wirtschaftlichen Aufschwungs.

¹⁰⁹ Die Stellungnahme des Sozialverbands VdK Deutschland erfolgte über ein Telefonat mit der Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Britta Bühler vom VdK Baden Württemberg und mit Iris Schneider vom Bundesverband VdK, Abteilung Sozialpolitik.

¹¹⁰ Vgl. BT-Drucksache 17/11174, S. 6.

Im Bereich der privaten Haushalte sei die geringfügige Beschäftigung seit 2004 stark gestiegen. Dies zeige, dass die geringfügige Beschäftigung als ein wirksames Instrument zur Eindämmung illegaler Beschäftigung gelten könne. Es liege keine Verdrängung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen vor, denn die Anzahl geringfügig entlohnter Beschäftigungen sei seit 2004 stabil, während sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen zugenommen hätten.

Die Erhöhung der Entgeltgrenze auf 450 Euro sieht die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See als ein wirksames Mittel für den Ausgleich des inflationsbedingten Kaufkraftverlustes an.¹¹¹

Lediglich das frühe Inkrafttreten des Gesetzes wird kritisiert, da dadurch Mehraufwand für die gRV entstehe.¹¹²

5.1.4 Parlamentsdebatte

Am 27. September 2012 und am 25. Oktober 2012 fanden die Parlamentsdebatten statt.

Als Redner teilgenommen haben zur ersten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung Max Straubinger und Peter Weiß (für die CDU/ CSU-Fraktion), Elke Ferner (SPD-Fraktion), Johannes Vogel (FDP-Fraktion), Sabine Zimmermann (Fraktion Die Linke) und Brigitte Pothmer (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen).

An der zweiten Parlamentsdebatte nahmen Karl Schiewerling, Max Straubinger, Michael Grosse-Brömer, Heike Brehmer und Dr. Peter Tauber (CDU/ CSU-Fraktion), Anette Kramme, Gabriele Lösekrug-Möller und Gabriele Hiller-Ohm (SPD-Fraktion), Johannes Vogel und Sebastian Blumenthal (FDP-Fraktion), Diana Golze und Dr. Dagmar Enkelmann (Fraktion Die Linke) und Brigitte Pothmer (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) teil.

¹¹¹ Vgl. BT-Drucksache 17/11174, S. 6.

¹¹² Vgl. BT-Drucksache 17/11174, S. 7.

Die CDU/CSU-Fraktion begründet die Anhebung der Geringfügigkeitsgrenze von 400 auf 450 Euro und die Anhebung des monatlichen Gleitzoneentgelts auf 850 Euro erneut mit der Lohnentwicklung und der Inflation. Dank der geringfügigen Beschäftigungen könne Schwarzarbeit, insbesondere im Haushalt, eingedämmt werden. Geringfügige Beschäftigungen arbeitnehmerfreundlich zu gestalten sei im Interesse der Bürger, denn durch diese Beschäftigungsform sei es -vor allem für junge Menschen und Rentner- möglich, bequem Geld zu verdienen.¹¹³ Für die Arbeitgeber sei es eine Möglichkeit, flexibel zu sein und Arbeitsspitzen abzubauen.¹¹⁴

Die CDU/CSU-Fraktion stellt jedoch klar, dass sie mit der Opt-out-Regelung nicht einverstanden sei und appelliert in der ersten Parlamentsdebatte an den Koalitionspartner, über eine generelle Rentenversicherungspflicht – ausgenommen Studenten, Auszubildende und Rentner- nachzudenken. Im Vordergrund stehe die Vermeidung von Bürokratie in den Betrieben.

In der zweiten Sitzung wird diese Forderung nicht erwähnt, es sei ein positiver Ansatz, dass sich geringfügig Beschäftigte in Zukunft aktiv von der Versicherungspflicht befreien müssen und vom Arbeitgeber über die Vorteile, in der gRV versichert zu sein, informiert werden müssen. Dadurch werde das Bewusstsein für die Alterssicherung geschärft.¹¹⁵

Die FDP-Fraktion lobt den positiven Beitrag der geringfügigen Beschäftigungen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und die mit geringfügigen Beschäftigungen einhergehende Flexibilität für Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen. Durch die Erhöhung der Geringfügigkeitsgrenze könne man einen Inflationsausgleich ermöglichen

¹¹³ Vgl. 201. Sitzung, S. 24251.

¹¹⁴ Vgl. 201. Sitzung, S. 24244.

¹¹⁵ Vgl. 201. Sitzung, S. 24234.

und den Arbeitgebern die Möglichkeit einer Gehaltserhöhung einräumen.¹¹⁶

Durch die Opt-Out-Regelung seien geringfügig Beschäftigte dazu veranlasst sich Gedanken über ihre rentenrechtliche Absicherung zu machen. Wer sich keine Gedanken mache, zahle automatisch volle Beiträge zur gRV.¹¹⁷

Durch geringfügige Beschäftigungen bestehe keine Gefahr der Verdrängung von sozialversicherungsrechtlichen Arbeitsverhältnissen.

Altersarmut werde nicht durch geringfügige Beschäftigungen ausgelöst. Flächendeckende Betreuung und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie seien ausschlaggebende Gründe, weshalb sich die Erwerbstätigkeit von Frauen auf geringfügige Beschäftigungen begrenze.¹¹⁸

Die SPD-Fraktion wirft der CDU/CSU- und FDP-Fraktion eine Ausweitung der prekären Beschäftigungsverhältnisse vor. Geringfügig Beschäftigte seien größtenteils im Niedriglohnsektor beschäftigt.

Vor allem für das Erwerbsleben von Frauen seien geringfügige Beschäftigungen schädlich, mehr als zwei Drittel der geringfügig Beschäftigten seien weiblich. Dies führe zu einer Verfestigung der Rolle der Ehefrau als Zuverdienerin der Familie.¹¹⁹

Geringfügig Beschäftigte seien Arbeitnehmer 3.Klasse. Um ihre Rechte, wie z. B. Lohnfortzahlung oder bezahlter Urlaub, wüssten sie nicht Bescheid. Häufig würde die Bezahlung niedriger ausfallen als bei Teil- oder Vollzeitkollegen, die die gleiche Tätigkeit ausführten.¹²⁰

Ein höherer Stundenlohn durch die angehobene Entgeltgrenze sei eine Illusion¹²¹ und der erworbene Rentenanspruch sehr gering.¹²²

¹¹⁶ Vgl. 195. Sitzung, S. 23422.

¹¹⁷ Vgl. 195. Sitzung, S. 23422.

¹¹⁸ Vgl. 201. Sitzung, S. 24237.

¹¹⁹ Vgl. 195. Sitzung, S. 23420.

¹²⁰ Vgl. 195. Sitzung, S. 23420.

¹²¹ Vgl. 201. Sitzung, S. 24236.

¹²² Vgl. 201. Sitzung, S. 24245.

Die Fraktion Die LINKE befürchtet ebenfalls eine Erweiterung des Niedriglohnsektors und einen Anstieg der geringfügig Beschäftigten durch die Erhöhung der Geringfügigkeitsgrenze. Der einzelne geringfügig Beschäftigte werde nicht mehr Geld bekommen, diese Form der Beschäftigung sei organisiertes Lohndumping.¹²³

Geringfügig Beschäftigte wüssten nicht um ihre Rechte, die sich nicht von denen Beschäftigter in Normalarbeitsverhältnissen unterschieden. Des Weiteren liege ein Gleichstellungsproblem vor: vor allem Frauen seien in dieser Form der prekären Beschäftigung gefangen. Das Ziel aber sei, Männer und Frauen in ordentlichen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen unterzubringen.¹²⁴

Auch die Fraktion Bündnis 90/Grüne betont die Nachteile von versicherungsfreien geringfügigen Beschäftigungen. Sie bedeuteten eine berufliche Sackgasse für Frauen und Einnahmeverlust für die Sozialversicherung.

Die Politik gehe in die falsche Richtung, denn geringfügige Beschäftigungen würden für die ökonomische Abhängigkeit der Frauen, zunächst vom Ehemann, dann von staatlichen Transferleistungen, sorgen.¹²⁵ Außerdem hindere eine geringfügige Beschäftigung Frauen daran, ihr Potenzial zu entfalten, stattdessen würden Qualifikationen verschwinden.¹²⁶

5.1.5 Gesetzverabschiedung

Das Gesetz zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung wurde in zweiter und dritter Lesung am 25. Oktober 2012 vom Deutschen Bundestag angenommen.

Die neuen Regelungen traten zum 01.01.2013 in Kraft.

¹²³ Vgl. 201. Sitzung, S. 24238.

¹²⁴ Vgl. 201. Sitzung, S. 24248.

¹²⁵ Vgl. 201. Sitzung, S. 24240.

¹²⁶ Vgl. 201. Sitzung, S. 24241.

Da die Zustimmungsbedürftigkeit des Bundesrates nicht gegeben war, fand ein schnelles Gesetzgebungsverfahren statt.

5.2 Eingeführte Veränderungen

Die eingeführten Veränderungen betreffen das SGB VI. Aus diesem Grund wird an dieser Stelle genauer auf die rentenrechtlichen Besonderheiten eingegangen.

5.2.1 Rentenrechtliche Besonderheiten

Das Inkrafttreten des „Gesetz[es] zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung“ führte in der gRV zu einigen Veränderungen.

Die Verdienstgrenze wurde auf 450 Euro angehoben. Ferner gilt für jede nach dem 31.12.2012 aufgenommene geringfügige Beschäftigungen nun die Versicherungspflicht.

Bei beiden Varianten der geringfügigen Beschäftigung tritt für die Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung keine Versicherungspflicht ein.

In der Rentenversicherung tritt jedoch für Arbeitnehmer, die nach dem 31.12.2012 eine geringfügige entlohnte Beschäftigung aufnehmen, seit dem 01.01.13 die Versicherungspflicht gem. § 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI ein.

Für Bestandsfälle, d.h. geringfügige Beschäftigungen, die vor dem 31.12.2012 aufgenommen wurden, gelten Übergangsregelungen. § 231 Abs. 9 SGB VI gilt für Arbeitnehmer, die bereits am 31.12.2012 wegen Überschreiten der Entgeltgrenze von 400 Euro versicherungspflichtig waren und deren Arbeitsentgelt regelmäßig 450 Euro nicht überschreitet. Im Rahmen von § 276b Abs. 1 SGB VI bleiben diese Arbeitnehmer versicherungspflichtig, die Möglichkeit der Befreiung nach § 6 Abs. 1b SGB VI besteht nach § 231 Abs. 9 SGB VI nicht. Die Bestandschutzregelungen enden zum 01.01.15.

Liegt eine vor dem 31.12.2012 aufgenommene versicherungsfreie geringfügige Beschäftigung vor, bleibt diese nach § 230 Abs. 8 Satz 1 SGB VI versicherungsfrei, sofern das Entgelt 400 Euro nicht übersteigt.

Bei Überschreiten der Entgeltgrenze gelten die neuen Regelungen und es tritt Versicherungspflicht ein.

Bei regelmäßigem Überschreiten der Entgeltgrenze gilt das neue Recht.

5.2.1.1 Einführung der Versicherungspflicht

Durch die Gesetzesänderung fand ein Wechsel von Opt-in zu Opt-out statt: das bedeutet, dass die grundsätzliche Versicherungspflicht in der gRV mit der Option einer Befreiung verbunden ist.

5.2.1.2 Befreiung von der Versicherungspflicht

Die Befreiung von der Versicherungspflicht auf Antrag wird durch § 6 Abs. 1b SGB VI geregelt. Demnach übergibt der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber einen schriftlichen Antrag (Befreiungsantrag). Dieser Befreiungsantrag kann bei mehreren geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen nur einheitlich abgegeben werden und ist für die Dauer der Beschäftigung bindend.

Der Arbeitgeber meldet der zuständigen Einzugsstelle nach § 28a SGB IV (hier: Minijob – Zentrale) über das DEÜV – Meldeverfahren, dass der schriftliche Antrag bei ihm eingegangen ist. Widerspricht die Minijob – Zentrale dem Befreiungsantrag des Beschäftigten nicht binnen vier Wochen nach Eingang der Meldung des Arbeitgebers, gilt die Befreiung rückwirkend vom Beginn des Monats der Antragstellung als erteilt, wenn der Arbeitgeber den Befreiungsantrag mit der ersten folgenden Entgeltabrechnung, spätestens innerhalb von sechs Wochen nach Zugang, gemeldet hat.

Die Befreiung von der Rentenversicherungspflicht verliert erst durch die Aufgabe der geringfügig entlohten Beschäftigung seine Wirkung.

Bei Wiederaufnahme einer geringfügig entlohten Beschäftigung muss der Beschäftigte erneut einen Befreiungsantrag stellen, ansonsten ist er in der Rentenversicherung versicherungspflichtig.

6 Untersuchung der Fragestellung

Weder beim Gesetzesentwurf noch in den anschließenden Diskussionen hatte die CDU/CSU- Fraktion und die FDP-Fraktion die Vermeidung von Altersarmut auf ihrer Agenda. Das Wort „Altersarmut“ wurde seitens der Regierung weder im Gesetzesentwurf noch während der Parlamentsdebatten erwähnt. Weshalb die Parteien das Problem der Altersarmut nicht als solches anerkennen und versuchen die Ursachen einzudämmen, ist unklar.

Maßgeblicher Grund für die Erhöhung der Geringfügigkeitsgrenze war die Anpassung an die allgemeine Lohnentwicklung. Es werden weder die unter 3.3 und 3.5.3 erwähnten gleichstellungspolitischen Probleme gelöst, noch animiert diese Änderung Frauen dazu, eine Vollzeitbeschäftigung auszuüben. Auch die lückenhafte Umsetzung der Arbeitnehmerrechte, die besonders in der Kritik von Bündnis90/Grüne steht, wird nicht verbessert.

Die versicherungsfreie Tätigkeit kombiniert mit einer höheren Entgeltgrenze führt zu einer Zunahme der geringfügigen Tätigkeit und somit zur Erweiterung der Personengruppe, die in Zukunft eventuell von Altersarmut betroffenen sein wird. Vor allem Frauen sind betroffen, da sie am häufigsten geringfügig beschäftigt sind. Der zum 01.01.2015 eingeführte Mindestlohn könnte zur Begrenzung der Arbeitszeit führen, sofern keine Ausnahmeregelungen getroffen werden, um unterhalb des Mindestlohns zu entlohnen. Rund 53 Stunden monatlich dürften Minijobber demnach beschäftigt sein, um die 450 Euro-Grenze nicht zu überschreiten.¹²⁷

Seitens der CDU/CSU-Fraktion wäre eine Rentenversicherungspflicht ohne die Möglichkeit der Befreiung eine Option gewesen. Die FDP-Fraktion lehnte dies allerdings ab.

Der Wechsel von opt-in zu opt-out ist aber dennoch als positive Entwicklung bezüglich der Alterssicherung zu sehen. Vor 31.12.2012 mussten geringfügig Beschäftigte aktiv werden, um Beiträge zur

¹²⁷ 450€/8,5€/h= 52,94h.

Rentenversicherung zu entrichten und damit Zugang zum gesamten Leistungskatalog der Rentenversicherung zu erhalten. Durch die eingeführte Rentenversicherungspflicht nach dem 01.01.2013 kann der Gesetzgeber jeden nach diesem Zeitpunkt geringfügig Beschäftigten erreichen. Jeder der sich von der Rentenversicherungspflicht befreien möchte, muss aktiv werden und sich zumindest mit den Vor- und Nachteilen von Pflichtbeiträgen zur Rentenversicherung auseinandersetzen. Der Arbeitgeber ist dazu verpflichtet, den geringfügig Beschäftigten vor der möglichen Befreiung zu informieren. In Zusammenhang mit Pflichtbeiträgen kommt auch die Frage nach den künftigen Rentenanwartschaften auf. Somit kann eine Sensibilisierung bezüglich der Alterssicherung stattfinden.

Ferner ist es nicht unwahrscheinlich, dass geringfügig Beschäftigte, die zunächst nicht von der Möglichkeit der Befreiung Gebrauch machen, weiterhin aus Gewohnheit versicherungspflichtig bleiben.

Rund 20 % der seit dem 01.01.2013 geringfügig Beschäftigten sind versicherungspflichtig beschäftigt. Im Vergleich dazu sind Dezember 2012 von der alten Regelung betroffene geringfügig Beschäftigte nur 5,6 % versicherungspflichtig tätig gewesen.¹²⁸ Dies bestätigt entgegen der Erwartungen die positive Auswirkung der Gesetzesänderung.¹²⁹

¹²⁸ Aktuelle Entwicklungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung IV. Quartal, S. 12.

¹²⁹ Die CDU/CSU-Fraktion und FDP-Fraktion gingen von einer Befreiungsquote von 90 % aus. BT-Drucksache 17/10773, S. 10.

Das „Gesetz zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung“ wurde nicht dazu ausgerichtet, Altersarmut von Frauen zu vermeiden. Durch die zunächst bestehende Versicherungspflicht hat diese Gesetzesänderung dennoch positive Auswirkungen auf die Alterssicherung der Frauen. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb die Versicherungsfreiheit nicht aufgehoben wurde, obwohl sich die Bundesregierung der Nachteile der Minijobs bewusst zu sein scheint.

„Minijobs erhöhen zwar die Flexibilität für die Unternehmen und bieten zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten, bilden aber in der Regel keine Brücke in reguläre Beschäftigung.“¹³⁰

„Problematisch sind Minijobs vor allem, wenn sie ausschließlich Form der Erwerbsarbeit darstellen. [...] Minijobs haben nur selten eine Brückenfunktion zur Vollzeitbeschäftigung und zu einem existenzsichernden individuellen Erwerbseinkommen.“¹³¹

Um Altersarmut zu verhindern, müssen weitere Maßnahmen getroffen werden. Es gibt bereits einige Reformvorschläge, welche unter Punkt 7 vorgestellt werden.

¹³⁰ Erster Gleichstellungsbericht, S. 142f.

¹³¹ Erster Gleichstellungsbericht, S. 142f.

7 Kritik und Reformvorschläge

Die gRV hat in den letzten 20 Jahren einige Reformen umgesetzt, mit dem Ziel, die Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Beitragssatz zu dämpfen. So wurden die Riester-Rente, das RV-Nachhaltigkeitsgesetz, das Alterseinkünftegesetz und das RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz eingeführt.

Diese Reformen seien aber ausschließlich auf den Beitragssatz fokussiert, aktuelle Diskussionen würden den Blick nun auf die mögliche Altersarmut lenken. Dennoch würden diese Reformen dazu beitragen, die Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Beitragssatz zu verringern.¹³²

Es ist zwar notwendig, einen Anstieg des Beitragssatzes zu begrenzen. Es muss aber auch das Absenken des Leistungsniveaus der Rentenversicherung begrenzt sein, um das Vertrauen der Versicherten in die gRV aufrecht zu halten. Besonders das Vertrauen der jüngeren Generationen ist aufrecht zu halten. Hierfür wurde gem. §154 Abs. 3 Nr. 2 SGB VI eine Untergrenze des Sicherungsniveaus festgelegt.

Der aktuelle Beitragssatz habe 2013 mit 18,9 % deutlich (fünf bis sechs EP) unter dem 1987 prognostizierten Wert gelegen.¹³³ Dies zeigt, dass die Rentenversicherung durchaus anpassungsfähig und reformierbar ist.

Aktuell sei Altersarmut kein Thema in Deutschland. Lediglich 2,7 % der über 65-Jährigen würden Leistungen der Grundsicherung in Anspruch nehmen. Altersarmut sei vielmehr eine befürchtete Entwicklung der nächsten 10 bis 20 Jahre.¹³⁴

Wenn künftig die Zahl der Versicherten steigt, die durch diskontinuierliche Erwerbsverläufe kombiniert mit geringem Einkommen und dem sinkenden

¹³² Vgl. Kreikebohm, S. 365, 2013.

¹³³ Vgl. Kreikebohm, S. 365, 2013.

¹³⁴ Vgl. Kreikebohm, S. 366, 2013.

Rentenniveau eine Altersrente unterhalb des Grundsicherungsniveaus erhalten, kann Altersarmut nur mit höheren Sozialleistungen vermieden werden. Deshalb müssen bereits heute Vorkehrungen getroffen werden, um die Ursachen¹³⁵ zu beseitigen und die zukünftige Angewiesenheit auf Grundsicherung zu verringern.

Die Bundesregierung stellte Ende 2011 im „Regierungsdialog Rente“ verschiedene Reformmodelle vor. Sie würden mit neuen und besseren Sozialleistungen sicherstellen, dass langjährig in der gRV Versicherte, die zusätzlich private oder betriebliche Vorsorge betrieben haben, auf ein Einkommen deutlich oberhalb der Grundsicherung kommen.

Ein Reformmodell der Bundesregierung ist die Zuschuss-Rente. Sie soll Versicherten zugutekommen, die 45 Jahre mit rentenrechtlichen Zeiten aufweisen können. Davon sollen 35 Jahre mit Pflichtbeiträgen aus einer Beschäftigung oder selbstständiger Tätigkeit, mit Wehr-, Zivil- oder Freiwilligendienst, mit Kindererziehungszeiten oder Pflegezeiten belegt sein. Außerdem sollen die Versicherten 35 Jahre betriebliche Altersvorsorge betrieben haben oder „geriestert“ haben.¹³⁶

Die Zuschuss-Rente würde maximal 850 Euro betragen und es würden alle vorrangigen Einkommen außer Riester- und Rürup-Rente angerechnet werden.

Versicherte mit geringem Rentenanspruch würden jedoch selten die Voraussetzungen erfüllen. 45 Jahre mit rentenrechtlichen Zeiten und 35 Beitragsjahre seien selten.¹³⁷

Das 30-30-Modell des Armutsforschers Prof. Richard Hauser und die daran anknüpfende Garantierente der Grünen könne durch die niedrigeren Voraussetzungen mehr Menschen aus dem Grundsicherungssystem

¹³⁵ Kapitel 3.3.

¹³⁶ Vgl. Kreikebohm, S. 367, 2013.

¹³⁷ Vgl. Kreikebohm, S. 369, 2013.

heraushalten. Voraussetzung seien min. 30 Versicherungsjahre. Diese würden dann auf min. 30 EP aufgestockt werden.¹³⁸

Auch die Solidarrente der SPD würde mehr Menschen erreichen, die von Altersarmut betroffen sein könnten. Beschäftigungszeiten im Niedriglohnsektor und Zeiten der Arbeitslosigkeit würden besser bewertet werden, sodass Beitragszahler, die 40 Versicherungsjahre und 30 Beitragsjahre aufwiesen, 850 Euro Rente erhalten würden.¹³⁹

Solche Reformmodelle werden allerdings auch stark kritisiert.

Da sich die Leistungen in der gRV prinzipiell nach der Höhe der entrichteten Beiträge richten, liege ein Verstoß gegen die Beitragsäquivalenz vor.¹⁴⁰

Die Reformen würden zulasten der Beitrags- oder der Steuerzahler gehen. Für Versicherte, die zu wenig eingezahlt hätten, sei ein Anspruch auf eine ausreichende Rente nicht richtig. Ansonsten müssten sich andere Versicherte fragen, warum sie Beiträge entrichten, während andere ohne die entsprechende Beitragszahlung eine vergleichbar hohe Leistung erhalten. Ferner würden Mindest- bzw. Grundrentenmodelle Anreize schaffen, z. B. durch eine Teilzeitbeschäftigung weniger rentenrechtliche Zeiten zu erwerben, da sowieso mit einer Aufstockung der Rente gerechnet werden könne.¹⁴¹

Soziale Ausgleichs für Benachteiligte seien der gRV bereits bekannt. Es sei aber keine dauerhafte Aufgabe der lohnbezogenen Rentenversicherung, die durch Niedriglöhne verursachten niedrigen Renten durch Aufwertungen auszugleichen und indirekt „den Niedriglohnsektor zu subventionieren.“¹⁴²

¹³⁸ Vgl. Schneider, S. 374, 2013.

¹³⁹ Vgl. Schneider, S. 374, 2013.

¹⁴⁰ Vgl. Kreikebohm, S. 370, 2013.

¹⁴¹ Vgl. Kreikebohm, S. 371, 2013.

¹⁴² Vgl. Kreikebohm, S. 372, 2013.

Aus Finanzierungsgründen dürften Mindestrentenmodelle lediglich für eine Übergangsphase nur für diejenigen eingeführt werden, die nicht von den Maßnahmen, welche zur Beseitigung der Ursachen künftiger Altersarmut eingeführt würden, erfasst würden. Außerdem solle ein wirksames Reformmodell nur diejenigen erfassen, die generell Ganztagsarbeit geleistet hätten. Mitnahmeeffekte für diejenigen, die freiwillig teilzeitbeschäftigt gewesen wären, seien nicht zielführend.¹⁴³

In diesem Zusammenhang kommt die Frage auf, ob die gRV nicht eine Zwangsversicherung mit einer gewissen Mindestabsicherung braucht, wenn nur so sichergestellt werden kann, dass Versicherte eine Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus erhalten.

Versicherungspflichtige Zeiten gelten als vollwertige Pflichtbeitragszeiten zur Rentenversicherung. Es entstehen Ansprüche auf Leistungen zur Teilhabe und höhere Rentenansprüche. Aus einer versicherungspflichtigen Tätigkeit zählt jeder Monat zur Wartezeit, aus einer versicherungsfreien Tätigkeit „ergeben sich aus einem Jahr [...] mit Pauschalzahlung durch den Arbeitgeber nur zwei (bei einer Beschäftigung im Privathaushalt) oder maximal fünf Monate (bei einer Beschäftigung außerhalb eines Privathaushalts) für die Wartezeit von fünf und 15 Jahren.“¹⁴⁴

Geringfügige Beschäftigungen werden jedoch nicht als eine existenzsichernde dauerhafte Beschäftigung angesehen. Die Versicherungsuntergrenze in § 8 SGB IV sei mit der Tradition des deutschen Versicherungsrechts begründet. Eine Zwangsmitgliedschaft bei einer nicht existenzsichernden Beschäftigung mit geringem Entgelt stünde in keinem ausgewogenen Gleichgewicht von Beiträgen zu den Leistungen. Der Betroffene würde seine Lebensgrundlage und Vorsorge ohnehin nicht über die geringfügige Beschäftigung sicherstellen.

¹⁴³ Vgl. Kreikebohm, S. 372, 2013.

¹⁴⁴ Segebrecht, S. 73, 2013.

Befürworter von versicherungsfreien Beschäftigungen kritisieren auch die Tatsache, dass geringfügig Beschäftigte mit minimaler Beitragslast die gleichen Ansprüche erwerben würden wie andere regulär Pflichtversicherte.

Die Beitragslast stehe nicht in einem ausgewogenen Verhältnis zu den erlangten Ansprüchen.¹⁴⁵

¹⁴⁵ Vgl. Knospe, S, 259, 2011.

8 Fazit

Obwohl Männer und Frauen fast zu gleichen Anteilen¹⁴⁶ auf dem Arbeitsmarkt zu finden sind, weisen sie völlig unterschiedliche Beschäftigungsformen auf.¹⁴⁷ Frauen üben neben der traditionellen und unentgeltlichen Familienarbeit höchstens eine geringfügige Beschäftigung oder eine Teilzeitbeschäftigung aus. Solange sich die gesellschaftlich den Frauen zugewiesene Zuständigkeit für die Familie nicht verändert, wird es keine gleichen Chancen der Alterssicherung für Frauen und Männer geben.

Die Versicherungsfreiheit ist für Studenten oder Rentner, die für eine absehbare Zeit eine geringfügige Beschäftigung ausüben, von Vorteil. Sie stellen eine flexible und unbürokratische Erwerbsform dar. Geringfügige Beschäftigungen sollten aber keine langjährige Erwerbstätigkeit darstellen. Um Frauen zu Vollzeitbeschäftigungen zu animieren, bedarf es jedoch mehr als eine Versicherungspflicht für geringfügige Beschäftigungen. Denn selbst durch eine versicherungspflichtige geringfügige Beschäftigung werden nur niedrige Rentenanwartschaften begründet. Dennoch ergeben sich weitere Vorteile, wie z. B. die Möglichkeit, von den Zulagen eines Riester-Vertrages zu profitieren. Eine freiwillige zusätzliche Vorsorge ist aber nur unter der Bedingung, die Sozialhilfeschwelle zu überspringen, attraktiv. Auch für eine mögliche aktuell diskutierte Mindest- oder Grundrente sind Pflichtbeiträge von Vorteil, da ansonsten die Voraussetzungen, z. Bsp. 35 Jahre Pflichtbeiträge, nicht erfüllt werden können.

Ein zielführendes Reformmodell muss auf der einen Seite die eigenständige Sozialversicherungspflicht fördern und auf der anderen Seite Arbeitgeber motivieren, Beschäftigungsverhältnisse oberhalb der Geringfügigkeitsgrenze zu begründen.

¹⁴⁶ Frauen 48 %, Männer 52 %, Kerschbaumer, S. 5, 2013.

¹⁴⁷ Vgl. Kerschbaumer, S. 5, 2013.

Durch die Möglichkeit der Befreiung von der Versicherungspflicht und die Erhöhung der Geringfügigkeitsgrenze lässt sich die Attraktivität von geringfügigen Beschäftigungen nicht verringern. Solange das Äquivalenzprinzip gilt, kann eine angemessene Alterssicherung nur durch eine höhere Erwerbsbeteiligung erworben werden.

Das zum 01.01.2013 in Kraft getretene „Gesetz zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung“ trägt nur bedingt dazu bei Altersarmut von Frauen zu verhindern.

Es bedarf größeren Änderungen, um Frauen zu einer besseren Alterssicherung zu verhelfen.

Frauen, die sich um eine Familie sorgen müssen, arbeiten nicht immer freiwillig nur in Teilzeitbeschäftigungen oder in geringfügigen Beschäftigungen. Die doppelte Belastung von Familie und Beruf geht stets zu Lasten der Frauen. Es ist eine Aufgabe der Politik, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu bessern.

Flächendeckende Betreuungsmöglichkeiten, eine familienfreundliche Arbeitszeitpolitik und berufliche Entwicklungschancen kombiniert mit einer partnerschaftlichen Erziehungsbeteiligung sollten selbstverständlich sein. Somit könnte man eine Ausübung der Erwerbstätigkeit erleichtern und das Risiko der Altersarmut verringern.

Momentan belaufen sich die Reformvorschläge auf Mittel des sozialen Ausgleichs und konzentrieren sich weniger auf die Ursachenbekämpfung. Dies ist jedoch notwendig, um effektiv gegen eine mögliche Altersarmut vorzugehen und um eine zu hohe finanzielle Belastung der gRV oder der Steuermittel zu vermeiden. Im Hinblick darauf sollten politische Akteure gemeinsame Lösungen entwickeln.

Eine versicherungspflichtige, angemessen entlohnte Beschäftigung und die daraus resultierende eigenständige und oberhalb von Sozialleistungen

liegende Alterssicherung dient sowohl gleichstellungspolitischen als auch ökonomischen Zwecken und sollte daher oberstes Ziel der Diskussionen bezüglich Frauen und Altersarmut sein.

Anlagen

Die Anlagen zu dieser Bachelorarbeit befinden sich auf der beigefügten CD-ROM „Anlagen zur Bachelorarbeit von Rabiha Gülec“.

Literaturverzeichnis

Blum, Sonja/ Schubert, Klaus (Hrsg.): Politikfeldanalyse, Wiesbaden 2009

BT-Drucksache 17/10773, Gesetzentwurf, Berlin 25. 09. 2012 (zitiert als Gesetzentwurf)

BT-Drucksache 17/11174, Berlin 24.10.2012 (zitiert als BT-Drucksache 17/11174)

Butterwegge, Christoph: Krise und Zukunft des Sozialstaates, 5. Auflage, Köln 2014

Butterwegge, Christoph/ Bosbach, Gerd/ Birkwald, Matthias (Hrsg.): Armut im Alter: Probleme und Perspektiven der sozialen Sicherung, Frankfurt am Main 2012

Bylow, Christina/ Vaillant, Kristina: Die verratene Generation: Was wir den Frauen in der Lebensmitte zumuten, Berlin 2013

Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, 195. Sitzung, Berlin 27. September 2012 (zitiert als 195.Sitzung)

Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, 201. Sitzung, Berlin 25. Oktober 2012 (zitiert als 201.Sitzung)

Glombik, Manfred: Altersarmut durch Rentenversicherung?, in: RV 4/2014, S. 65-69

Kerschbaumer, Judith: Ein Überblick: Die Alterssicherung von Frauen. Was bringen die aktuellen Reformvorschläge?, in: Soziale Sicherheit 1/2013, S.5-15

Knospe, Armin: Zum Spannungsverhältnis zwischen Sozialrecht und Sozialpolitik am Beispiel der geringfügigen Beschäftigung – Eine Gegenüberstellung von sozialversicherungsrechtlichen Rahmenbedingungen und politischen Forderungen im Gefüge staatlicher Sozialpolitik und Gesetzgebung, in: VSSR Vierteljahresschrift für Sozialrecht 4/2011, S. 233-287

Kreikebohm, Ralf/ Kolakowski, Uwe: Weichenstellung gegen künftige Altersarmut Welche Schritte notwendig sind – Bewertung der Lösungs-Strategien, in: Soziale Sicherheit 11/2013, S.365-378

Methler, Thomas/ Schrink, Christian: 450-Euro-Minijobs: Das neue Recht für geringfügig entlohnte und Niedriglohn-Beschäftigte, Freiburg 2013

Meyer, Hendrik: Was kann der Staat? Eine Analyse der rot-grünen Reformen in der Sozialpolitik, Universität Münster, Dissertation, 2013

Motel-Klingebiel, Andreas/ Wurm, Susanne/ Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): Altern im Wandel: Befunde des deutschen Alterssurveys (DEAS), Stuttgart 2010

Naegele, Gerhard/ Olbermann, Elke/ Bertermann Britte: Altersarmut als Herausforderung für die Lebenslaufpolitik in: Vogel, Claudia/ Motel-Klingebiel, Andreas (Hrsg.): Altern im sozialen Wandel: Die Rückkehr der Altersarmut?, Wiesbaden 2013

Nagl, Wolfgang: ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung: Lohnrisiko und Altersarmut im Sozialstaat, Technische Universität Dresden, Dissertation, 2014

Riedmüller, Barbara/ Schmalreck, Ulrike: Die Lebens- und Erwerbsverläufe von Frauen im mittleren Lebensalter: Wandel und rentenpolitische Implikation, Berlin 2012

Roßbach, Gundula/ Loose, Brigitte: Eigenständige Alterssicherung von Frauen ist mehr als Armutsvermeidung, in: RVaktuell 11/2012, S.343-354

Schneider, Ulrich: Wir haben nur noch etwa zehn Jahre: Zunehmende Altersarmut zwingt zu sofortigen Reformen bei der Altersgrundsicherung, in: Soziale Sicherheit 11/2013, S. 374-378

Segebrecht, Bettina/ Vogel, Manuela: Das Gesetz zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung, in: RVaktuell 4/2013, S. 70-73

Stellungnahme des DGB zum Gesetzesentwurf der Fraktionen von CDU/CSU und der FDP zum „Entwurf eines Gesetzes zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung“ und zum Antrag der Fraktion DIE LINKE „Minijobs mit sozialversicherungspflichtiger Arbeit gleichstellen“, Berlin 15. Oktober 2012 (zitiert als Stellungnahme des DGB)

Trischler, Falko: Erwerbsverlauf, Altersübergang, Alterssicherung: Zunehmende soziale Ungleichheit im Alter, Universität Duisburg-Essen, Dissertation, 2013

Wiß, Tobias: Der Wandel der Alterssicherung in Deutschland: Die Rolle der Sozialpartner, Universität Mannheim, Dissertation, 2010

Internetquellen:

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Presse:
Video;

<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Presse/video,did=185492.html> [06.04.2015]
(zitiert als Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:
Service: Lexikon der Entwicklungspolitik: Armut;

<http://www.bmz.de/de/service/glossar/A/armut.html> [28.02.2015] (zitiert als
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)

Erklärung der Verfasserin

Ich versichere, dass ich diese Bachelorarbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus anderen Quellen direkt oder indirekt übernommenen Daten und Konzepte sind unter Angabe der Quelle gekennzeichnet.

Es ist mir bekannt, dass die Arbeit mit einer Plagiaterkennungssoftware auf nicht gekennzeichnete Übernahme fremden geistigen Eigentums überprüft werden kann.

Datum, Unterschrift

